

# MITMISCHEN IM LANDHAUS

Begleitheft



## ASPEKTE & PERSPEKTIVEN VON:

- Eva Dreher
- Thomas Hellmuth
- Georg Marschnig
- Maria Lettner
- Melani Barlai
- Stefan Rappenglück
- Britta Breser
- Jörg Moser
- Günter Pirker

## Editorial

Was Sie in Ihren Händen halten, ist die bereits vierte Auflage unseres Begleithefts zu *Mitmischen im Landhaus*. Mit insgesamt acht Beiträgen, die den Bogen von der wissenschaftlichen Forschung bis hin zur Praxis des täglichen Unterrichts spannen, ist es uns gelungen Ihnen ein breites Spektrum zum Bereich politischer Bildung anzubieten. Den Autorinnen und Autoren sei dafür besonders gedankt!

Die Publikation richtet sich an Pädagoginnen und Pädagogen, Lehrerinnen und Lehrer und Interessierte, die die Werkstätten im Landhaus besuchen und mit Jugendlichen arbeiten. In kurzen Beiträgen, „Blitzlichtern“ gleich, werden Themen rund um die politische Bildung aus verschiedenen Perspektiven mit unterschiedlichen Fokussen beleuchtet. Das Begleitheft soll so ein Beitrag für ein Weiterdenken und eine gelungene Weiterarbeit zum Themenbereich der politischen Bildung sein.

Die Diskussion um politische Bildung in und außerhalb der Schule ist mannigfaltig. Die Notwendigkeit, informiert zu sein und sich mit politischen Prozessen auseinanderzusetzen, wird von Jugendlichen selbst gefordert. *Mitmischen im Landhaus* ist dafür ein prominentes Beispiel.

Wir ermutigen junge Menschen mit unseren Werkstätten, in der Politik mitzumischen; genau hinzuschauen, kritisch zu hinterfragen, eigene Standpunkte einzubringen, sich selbst zu engagieren. Um genau das zu tun – mitzumischen!

Die Zusammenarbeit von Schule, beteiligung.st und dem Land Steiermark sowie dem Landtag gelingt seit bald sieben Jahren. Dafür danken wir den interessierten Jugendlichen und den zuständigen Verantwortlichen, Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Bettina Vollath und Landesrätin Mag.<sup>a</sup> Ursula Lackner. Sehr herzlich bedanken möchten wir uns auch bei den Landtagsabgeordneten, die in unsere Werkstätten kommen, um die Fragen der Jugendlichen zu beantworten und damit das Kernstück der Politikwerkstatt bilden.



*Katrin Uray-Preininger*

Mag.<sup>a</sup> Katrin Uray-Preininger  
Projektleiterin *Mitmischen im Landhaus*

*Daniela Köck*

Mag.<sup>a</sup> Daniela Köck  
Geschäftsführerin *beteiligung.st*

## Inhaltsverzeichnis

- 7 | Mitmischen im Landhaus:  
Aktivitäten und Begegnungen als Beitrag zur Entwicklung  
*Eva Dreher*
  
- 10 | Politische Bildung zwischen Anspruch und Wirklichkeit –  
ein kritischer Befund  
*Thomas Hellmuth*
  
- 12 | Politische Bildung muss weh tun – aber wem?  
*Georg Marschnig*
  
- 14 | Jugend und Demokratiebewusstsein – ein Widerspruch?!  
*Maria Lettner*
  
- 16 | Medien, Politik, Jugend  
*Melani Barlai*
  
- 18 | Partizipationsförderung und Politisches Lernen durch Planspiele  
*Stefan Rappenglück*
  
- 21 | Politik von oben herab?  
Möglichkeiten demokratischer Beteiligung in der Europäischen Union  
*Britta Breser*
  
- 24 | Jugendthemen: Ein Auftrag für die Kommunen?  
*Jörg Moser*  
*Güner Pirker*
  
- 26 | Autorinnen und Autoren

## Vorwort

*Bettina Vollath*  
*Präsidentin Landtag Steiermark*



© Landtag Steiermark

Eine Demokratie ist kein Naturgesetz – sie muss von Generation zu Generation gewollt und gegen Angriffe, gleichgültig ob von innen oder von außen, verteidigt werden. Daher ist es von großer Bedeutung, dass es gelingt, jeder jungen Generation aufs Neue die Werte und Vorzüge der demokratischen Staatsform nahezubringen.

Damit das gelingt, braucht es politische Bildungsangebote für junge Menschen. Es ist bei politischen Debatten, aber auch beim Wahrnehmen des Wahlrechtes unerlässlich, die verschiedenen Zusammenhänge und Prozesse zu kennen und zu verstehen. Denn es ist gerade die Jugend, die in Zukunft mit den Entscheidungen der Politik von heute und deren Auswirkungen leben werden.

Das Team von beteiligung.st leistet mit „Mitmischen im Landhaus“ einen wichtigen Beitrag für die Zukunft junger Menschen, denen es nicht egal ist, wie die politische Zukunft der Steiermark aussehen könnte.

Ich bin stolz wenn ich sehe, wie viele Schülerinnen und Schüler für die demokratischen Vorgänge und Mechanismen in unserem Land Interesse zeigen und im wahrsten Sinne des Wortes „mitmischen“ möchten und wünsche dem Projekt „Mitmischen im Landhaus“ auch weiterhin eine erfolgreiche Zukunft.

*Hersichtlich,*



*Dr.<sup>in</sup> Bettina Vollath, Präsidentin Landtag Steiermark*

## Vorwort

*Ursula Lackner  
Landesrätin*



© Land Steiermark

Mitreden statt einfach schweigen, mitdenken statt nur gedankenlos hinnehmen, mit dabei sein statt bloß erzählt bekommen – rund 3700 steirische Schülerinnen und Schüler haben in den letzten sechs Jahren bereits die Gelegenheit genützt, Demokratie und Politik hautnah zu erleben. Beim „Mitmischen im Landhaus“.

Diese Initiative des Landtagspräsidiums und meines Ressorts hat das Ziel, Jugendlichen begreifbar zu machen, was es bedeutet, Politik zu machen; ihnen zu zeigen, was es heißt, Verantwortung zu übernehmen; ihnen zu verdeutlichen, wie sie sich selbst in die Gestaltung unseres Landes einbringen können.

Um sie erkennen zu lassen, wie wertvoll und schützenswert unsere Demokratie ist.

Ich bedanke mich daher ganz herzlich beim „Mitmischen“-Team für seinen Einsatz, mit dem es den jugendlichen Steirerinnen und Steirern differenzierte und persönliche Einblicke in die politischen Abläufe im Land Steiermark gewährt. Mein Dank gilt aber auch allen „Mitmischern“ – den bisherigen wie auch den zukünftigen – sowie deren Lehrerinnen und Lehrern, die den Schülerinnen und Schülern nicht nur die Teilnahme ermöglichen, sondern sie auch darauf vorbereiten.



*Mag.<sup>a</sup> Ursula Lackner, Landesrätin für Bildung und Gesellschaft*

## Vorwort

*Alexandra Nagl*

*Leiterin der Fachabteilung Gesellschaft*

Jungen Menschen wird landläufig „Politikverdrossenheit“ nachgesagt und auch Umfragen ergeben, dass diese ihr Interesse an Politik selbst eher als gering einschätzen. Dem gegenüber steht allerdings ein ausgeprägtes Demokratiebewusstsein Jugendlicher, denn Beteiligung, Partizipation, Teilhabe, Mitbestimmung und Mitgestaltung sind nicht auf Wahltage oder politische Gremien begrenzt, sondern spielen im täglichen Leben eine Rolle.

Demokratie ist ein laufender Prozess und braucht vielschichtige Möglichkeiten sich daran zu beteiligen. Jungen Menschen das Recht auf Beteiligung am demokratischen Prozess zu geben, ist eine Sache – sie dabei zu unterstützen, dieses Recht auch als solches wahrzunehmen und eigenverantwortlich zu nutzen, eine andere. Gesellschaftspolitische Bildung und Partizipation wurden daher als ein wesentliches Handlungsfeld für die Jugendarbeit in der Steiermark formuliert. Angebote und Aktivitäten, die das Land Steiermark setzt, sollen junge Menschen darauf vorbereiten, eigenverantwortlich und aktiv an politischen Prozessen teilzunehmen und ihnen Mut machen, neue Perspektiven einzunehmen und ihren Ideen Ausdruck zu verleihen. Mit ihren Angeboten – *insbesondere im Bereich der außerschulischen Jugendarbeit* – bietet die A6-Fachabteilung für Gesellschaft Jugendlichen in der Steiermark Zugänge zu Informationen und ermöglicht Transparenz der ablaufenden (gesellschafts-)politischen Prozesse als wesentliche Grundlage zur Mitgestaltung. Junge Menschen in ihren Kompetenzen zu selbstbestimmtem politischem Denken sowie einem verantwortungsvollen Umgang mit Informationen zu stärken ist, neben der Schaffung bzw. dem Ausbau regionaler Beteiligungsstrukturen, ein zentrales Anliegen unserer Arbeit.

Unterstützt durch kompetente und engagierte Begleiter/-innen ermöglicht das Projekt „Mitmischen“ jungen Menschen im Landtag Steiermark fundierte Informationen, Freiraum für eigene Gedanken sowie politische Diskussion und ist ein wichtiger Beitrag zur Erreichung dieser Zielsetzungen. „Mitmischen“ ist damit ein Schritt hin zu einer Steiermark, in der junge Menschen – egal ob Mädchen oder Burschen, unabhängig von ihrer regionalen Herkunft, dem finanziellen Background der Eltern, ihrer Erstsprache usw. – in einem Umfeld aufwachsen können, das sie in ihrer Entwicklung zu eigenverantwortlichen, kritischen und selbstbewussten Menschen, die ihren Lebensraum aktiv gestalten, bestmöglich unterstützt und fördert.



*Hofrätin Mag.<sup>a</sup> Alexandra Nagl, Leiterin der Fachabteilung Gesellschaft*

# Mitmischen im Landhaus: Aktivitäten und Begegnungen als Beitrag zur Entwicklung

Eva Dreher



Aus entwicklungspsychologischer Perspektive achten wirkungsvolle Projekte, die darauf zielen, Jugendliche für Politik zu interessieren und zur Mitwirkung zu motivieren, auf „Besonderheiten“ der jugendtypischen Lebensphase.

Charakteristika des Jugendalters können niemals unabhängig vom gesellschaftlichen Kontext, in dem junge Menschen aufwachsen, verstanden werden. So haben heutige Phänomene, wie z.B. „Internet-Identitäten“, „Körperinszenierungen“, und „Konsumdruck“, mehr mit Zügen unserer Gesellschaft zu tun als mit der Natur der Jugendentwicklung als solcher (vgl. Steinberg 2008). Um zu verstehen, wie sich Jugendliche in der gegenwärtigen Gesellschaft entwickeln, muss man sich für die Welt, in der Jugendliche leben, interessieren und berücksichtigen, dass Veränderungen im Verhalten und den sozialen Beziehungen vielfach durch Wechselwirkungen zwischen den Kontexten Familie, Peergruppe, Schule, Medien, Freizeit reguliert werden (vgl. Dreher et al. 2011; Oerter & Dreher 2008).

## **Zur Entwicklungslage von Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren**

Im Altersbereich zwischen ca. 14 und 18 Jahren (Mittlere Adoleszenz) finden eine Reihe bedeutsamer biophysischer, kognitiver und sozialer Veränderungen statt. Diese unterscheiden sich geschlechtsspezifisch wie interindividuell nicht nur im zeitlichen Verlauf, sondern weisen auch in der Intensität der Auswirkung eine hohe Variationsbreite auf. Die entwicklungspsychologische

Forschung kennzeichnet diese Phase anhand von multiplen „Übergängen“. Entwicklungsbedingte Übergänge gelten als Zeitabschnitte intensiven Wandels, die einerseits die Erweiterung bisheriger Möglichkeiten (Entwicklung als Fortschritt) mit sich bringen, andererseits das Verlassen vorhandener Sicherheiten (Entwicklung als Risiko) bedeuten. Derartige Erfahrungen können emotional als stimulierende Herausforderung, aber auch als Verlust an Sicherheit empfunden werden.

Im Zuge der Geschlechtsreife finden biophysische Übergänge statt. Die Entwicklungsaufgabe für den Jugendlichen besteht darin, Veränderungen des Körperschemas und der Organfunktionen in das geschlechtsspezifische Bild der eigenen Person zu integrieren. Hinzu kommt, dass körperliche Veränderungen nicht nur selbst erfahren werden, sondern für andere wahrnehmbar sind und (oft unerwünschte) Reaktionen hervorrufen, die durch Normen und Ideale von Weiblichkeit/Männlichkeit beeinflusst sind. Die körperlichen Veränderungen überlagernd, bringen kognitive Übergänge neue Denk- und Reflexionsfähigkeit mit sich. Es wird jetzt möglich, nicht nur konkrete Sachverhalte gedanklich zu verarbeiten, sondern reale Fakten auf der Ebene von Möglichkeiten zu durchdenken (z.B. Planung, Zeitperspektiven, Berücksichtigung variabler Bedingungen). Weiterhin befähigt abstraktes Denken zur Metakognition (Denken über Denken), d.h. neue Formen der Selbstbeobachtung und Selbstreflexion, des Vergleichens, Urteilens und Hinterfragens werden

möglich; ferner können Widersprüchlichkeiten und Diskrepanzen in den „Wahrheiten“ der Erwachsenen entdeckt werden und Verunsicherung, Zweifel und Misstrauen auslösen (vgl. Dreher & Dreher 2008).

Mit der Erweiterung von Handlungsspielräumen im Jugendalter gehen soziale Übergänge einher. Dies betrifft Veränderungen zwischenmenschlicher Beziehungen und die Übernahme neuer Rollen und Anforderungen im Bereich sozialer Kompetenzen. Jugendlichen stehen heutzutage nahezu alle Handlungsfelder der Erwachsenenkultur offen (Mediennutzung, Informationsangebote, Konsum- und Freizeitaktivitäten etc.). Damit verbunden ist „Entwicklungsstress“, wenn angemessene Bewältigungsstrategien noch fehlen bzw. mangelnde Kompetenzen durch Verhaltensweisen des „Als-ob“ kompensiert werden müssen. Nicht einzulösende Erwartungen führen oft zu einem Verlust an Selbstwert oder auch zu riskanten Entscheidungen und risikoreichem Verhalten (vgl. Dreher 2010).



### **Positive Jugendentwicklung – Konzepte und Strategien**

Interdisziplinär konzipierte Modelle zur positiven Jugendentwicklung (Positive Youth Development, Lerner et al. 2009) betonen die Wechselwirkung zwischen biologischen Faktoren (z.B. Anlage), ökologischen Bedingungen (Umwelt, Lebensraum, historische Zeit) und dem aktiven Beitrag der Person. Die Mitgestaltung der eigenen Entwicklung zählt zu den Qualitätsstandards einer ressourcenorientierten Entwicklungsförderung. Mit dieser Position vereinbar definieren Deci und Ryan (2000) soziale Einbindung“, „Kompetenz“ und „Autonomie“ als Basisbedürfnisse persönlichen Wachstums. „Soziale Einbindung“ bezieht sich auf das Empfinden dazugehören und schafft die Voraussetzung für emotionale Sicherheit, um aktiv die Umwelt zu erkunden.

Gleichzeitig gilt das Bedürfnis nach Zugehörigkeit als zentrales Motiv für die Internalisierung von sozialen Regeln

und die Anpassung an soziale und kulturelle Gegebenheiten. „Kompetenz“ repräsentiert das Bestreben, effektiv handeln zu können und fähig zu sein, die Anforderungen des Alltags zu bewältigen. Entwicklung von Kompetenz schließt die Konfrontation mit herausfordernden (nicht überfordernden) Aufgaben und Verantwortlichkeiten ein. Kompetenzerfahrung ist nicht gleichzusetzen mit vielfachen Erfolgserlebnissen, sondern weist eine Reihe von Facetten auf, die den Aufbau von Selbstwirksamkeit und Selbstvertrauen mitbestimmen. Mit dem Gefühl, selbst etwas bewerkstelligen zu können, geht das Vertrauen in die eigene Leistung einher. Beide Komponenten sind relevant für die Entwicklung von Selbstwert. Das Bedürfnis nach „Autonomie“ bezieht sich auf die Entwicklung selbstregulierter Aktivitäten im Bereich der Emotionen, des Denkens, der Entscheidungen und Handlungen. Autonomie kennzeichnet die Involviertheit und Verantwortung des Selbst bezüglich des eigenen Verhaltens und ist abhängig von der Bewusstheit innerer Motive, Emotionen und externer Anforderungen. Ressourcenorientierte Entwicklungsförderung zielt generell auf eine Optimierung von Kompetenzen, die den Umgang mit sich selbst und soziale Fähigkeiten umfassen. Hierzu zählen: bereichs- und situationsspezifische Handlungsrepertoires, Strategien der Emotionsregulation, Fähigkeit zur Selbstreflexion und Selbstbewertung, Kenntnis und Nutzung sozialer Ressourcen (vgl. Dreher 2007; Dreher et al. 2011).



### **Begegnung als entwicklungsrelevantes Ereignis**

Wenn Jugendliche mit Altersgenossen und gleichzeitig mit Erwachsenen interagieren, so bringt dieses „Miteinander“ interessante Beziehungsfacetten ins Spiel. Jugendforschung belegt vielfach, dass Gleichaltrige eine Atmosphäre der „emotionalen Geborgenheit“ entstehen lassen. Beziehungen in der Peergruppe unterstützen die Ablösung von den Eltern; ferner bieten Peerinteraktionen die Möglichkeit, alternative Verhaltensweisen zu beobachten und selbst zu erproben, insbesondere wenn sie außerhalb der Gruppe zu riskant wären. Im Zuge der Autonomieentwicklung von Jugendlichen gewinnen Erwachsene außerhalb der Familie

an Bedeutung. Die Entwicklungsförderung betreffend schreibt Bronfenbrenner (1989) Erwachsenen explizit die Rolle von Entwicklungsmentoren zu, da sie auf Grund ihres Erfahrungsvorsprungs Handlungen herausfordern und Strategien unterstützen können, die den Heranwachsenden eigene Bewältigungsschritte ermöglichen.

Ergebnisse der Mentoring-Forschung (Rhodes 2005; DuBois & Karcher 2005; Darling, 2005) zu unterschiedlichen Formen von Mentorenbeziehungen und deren Einflüsse auf die emotional-soziale und kognitive Entwicklung zeigen, dass Jugendliche bei Erwachsenen (außerhalb

der Familie) vor allem Verhaltensweisen positiv bewerten, die folgende Züge aufweisen: Verstanden werden, Offensein für Kommunikation, Ehrlichkeit und Vertrauenswürdigkeit, Modellfunktion, Anerkennung, Ermutigung und emotionale Unterstützung geben, Diskutieren von Problemen und Information gewähren. Interessant ist ferner, dass Jugendliche bei der Beurteilung ihrer Interaktionserfahrungen ein breites Spektrum an Verhaltensweisen benennen und Bewusstheit darüber haben, welche Wirkung ein bestimmtes Verhalten auslöst. Solche Interaktionserfahrungen sind sicher wichtige Anzeichen für die Zunahme an psychosozialer Reife!



#### Literatur und weiterführende Informationen:

- Bronfenbrenner, U.: Die Ökologie der menschlichen Entwicklung: Natürliche und geplante Experimente. Frankfurt a.M.: Fischer, 1989.
- Darling, N.: Mentoring adolescents. In: DuBois, D. L. & Karcher, M. J. (Hg.): Handbook of Youth Mentoring (pp. 177-190). Thousand Oaks: Sage Publications. 2005.
- Deci, E. L. & Ryan, R. M.: The darker and brighter sides of human existence: Basic psychological needs as a unifying concept. *Psychological Inquiry*, 11, 319-338, 2000.
- DuBois, D. L. & Karcher, M. J.: Youth Mentoring: Theory, research, and practice. In: DuBois, D. L. & Karcher, M. J. (Hg.): Handbook of Youth Mentoring (pp. 2-11). Thousand Oaks: Sage Publications, Inc. 2005.
- Dreher, E.: Optimierung von Selbstwirksamkeit. Entwicklungspotenziale (er-)kennen und nutzen! 2007. In: Bucher, A./Laueremann K./Walcher, E. (Hrsg.). Ich kann. Du kannst. Wir können. Selbstwirksamkeit und Zutrauen (S. 33-57). 55. Tagungsband der Internationalen Pädagogischen Werktagung, Salzburg, 2007.
- Dreher, E.: ‚Jugendalter‘ verstehen – eine entwicklungspsychologische Skizze. *jugend inside*, 1/10, 3-5, 2010.
- Dreher, E.: Autonomie und Würde – damit Kinder erwachsen werden! In: Kalcher, A. M. & Laueremann, K. (Hrsg.): In Würde werden. Veröffentlichung der Internationalen Pädagogischen Werktagung Salzburg. Tagungsband der 60. Tagung, Wien: G&G Verlagsgesellschaft mbH., 2011, S. 47-68.
- Dreher, E. & Dreher, M.: Kognitive Entwicklung im Jugendalter. In: Hasselhorn, M. & Silbereisen, R. K. (Hrsg.): Enzyklopädie Psychologie, Serie V (Entwicklung), II Grundlegende Veränderungen während des Jugendalters. Göttingen: Hogrefe, 2008. S. 55-107.
- Dreher, E./Sirsch, U./Strobl, S./Muck, S.: Jugendalter - Lebensabschnitt und Entwicklungsphase. In: 6. Bericht zur Lage der Jugend in Österreich. Wien: Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend, 2011. S. 49-81.
- Lerner, J. V./Phelps, E./Forman, Y./Bowers, E. P.: Positive Youth Development. In R. M. Lerner & L. Steinberg (Eds.), *Handbook of Adolescent Psychology*, Vol. 1, 3rd ed., Hoboken, NJ.: Wiley & Sons, Inc, 2009. S. 524-558.
- Oerter, R. & Dreher, E.: Jugendalter. In: Oerter, R. & Montada, L. (Hrsg.): *Entwicklungspsychologie*. (6., vollständig überarbeitete Auflage). Weinheim: Beltz PVU, 2008. S. 271-332.
- Rhodes, J. E.: A model of youth mentoring. In: D. L. DuBois & M. J. Karcher (Eds.). *Handbook of Youth Mentoring*. Thousand Oaks: Sage Publications, 2005. S. 30-43.
- Steinberg, L.: *Adolescence* (8th ed.). New York: McGraw Hill, 2008.

# Politische Bildung zwischen Anspruch und Wirklichkeit – ein kritischer Befund

Thomas Hellmuth

Die gesellschaftliche Bedeutung Politischer Bildung wird heute in Österreich kaum noch bestritten. Dafür zeichnet nicht zuletzt die Einsicht verantwortlich, dass angesichts der ökonomischen und gesellschaftlichen Herausforderungen, die sich in einer globalisierten Welt stellen, die „mündige“ Bürgerin bzw. der „mündige“ Bürger mehr denn je gefordert ist, sich politisch einzumischen und mitzugestalten.

## „Dynamische Identität“

Das Ziel der Politischen Bildung ist es daher, zu einer „dynamischen Identität“ beizutragen. Unterschiedliche Perspektiven auf die Gesellschaft sollen ermöglicht und diese auch als wandelbar und gestaltbar begriffen werden. Die Bürgerin bzw. der Bürger muss lernen, die gesellschaftlichen Verhältnisse kritisch zu hinterfragen und politisch zu partizipieren. Unterschiedliche Perspektiven und Konflikte werden dabei nicht ausgeblendet, sondern im Diskurs und somit auf demokratische Weise ausgetragen. Politische Bildung hat nicht unbedingt zum Ziel, Meinungen im Sinne von Konsensfindung zu homogenisieren, vielmehr geht es ihr darum, die Argumentationsfähigkeit und somit das „kommunikative Handeln“ (Jürgen Habermas) als einen zentralen Bestandteil der Demokratie zu schulen.

## Wider das „träge Wissen“

Um gleich ein Missverständnis auszuräumen: Politische Bildung – und sei sie noch so gut gemacht – garantiert nicht, alle Jugendliche für Politik zu interessieren und „mündig“ zu machen. Sie bietet dafür aber die Grundlage und versteht sich als Chance für demokratische Weiterentwicklung. Die traditionelle Staats- und Institutionenkunde, die selbstverständlich ihre Bedeutung besitzt, reicht dafür allerdings nicht aus. In den letzten Jahren wurden daher verschiedene Kompetenzmodelle entwickelt, die zwar häufig und nicht ganz zu unrecht wegen der künstlichen Trennung von „Kompetenzen“ und „Wissen“ kritisiert werden. Sie machen aber zumindest deutlich, was eine zeitgemäße Politische Bildung ausmachen sollte: die Entwicklung rationalen Denkens und sozialer Intelligenz, von Selbstreflexion, von Fähigkeiten und Fertigkeiten, die nicht nur nach Muster, sondern in unterschiedlichen Situationen angewendet werden können. Die Vermittlung von „trägem Wissen“, wie die Lernpsychologie theoretisch vorhandenes, aber praktisch nicht anwendbares und dadurch schnell vergessenes Wissen bezeichnet, gehört damit der Vergangenheit an.

Das österreichische Kompetenzmodell, das im Auftrag des Bildungsministeriums erarbeitet wurde, unterscheidet vier Kompetenzbereiche: die Urteils-, Methoden- und Handlungskompetenz sowie die Sachkompetenz. Unter

*politischer Urteilskompetenz* werden die Fähigkeit und Bereitschaft verstanden, politische Standpunkte zu Problemen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sowie das daraus resultierende Verhalten und Handeln der Beteiligten „objektiv“, d.h. auf rationaler bzw. intersubjektiv überprüfbarer Basis, zu beurteilen. Zudem ist mit Urteilskompetenz auch die Fähigkeit gemeint, eigene politische Urteile zu fällen. Politische Urteilsbildung erfordert *politikbezogene Methodenkompetenz*. Diese befähigt, sich Informationen zu Problemen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu beschaffen, etwa indem Statistiken oder Texte quellenkritisch gelesen werden können. *Politische Handlungskompetenz* umfasst die Fähigkeit und Bereitschaft, eine eigene Position in politischen Fragen zu formulieren und im Diskurs zu artikulieren, nachdem mehrere Perspektiven auf ein Problem geprüft worden sind. Ferner soll auch für die Bedürfnisse und Einstellungen anderer Menschen Verständnis aufgebracht und an der Lösung von politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Problemen mitgearbeitet werden. Die *politische Sachkompetenz* meint schließlich, über „Wissen“ verfügen bzw. dieses anwenden zu können. Politische Bildung sollte etwa den Lernenden die Möglichkeit geben, bestimmte Definitionen von „Freiheit“ kennenzulernen, sich also „Wissen“ anzueignen. Dieses darf im Sinne der Sachkompetenz aber nicht „träge“ bleiben, sondern muss handlungsorientiert angewandt werden, etwa indem die Lernenden einer politischen Rede über „Freiheit“ einen bestimmten Freiheitsbegriff zuordnen.

## Den „Elfenbeinturm“ verlassen

Solche Modelle sind aber nur dann sinnvoll, wenn sie auch für die Praxis gedacht werden. Dafür bedarf es einer Didaktik, die nicht nur ergebnisorientiert, sondern auch prozess- und handlungsorientiert arbeitet. Lernräume werden geschaffen, in denen sich die Lernenden selbständig mit dem Lerngegenstand beschäftigen, „Wissen“ anwenden sowie Erlebnisse als Erkenntnisse kognitiv verarbeiten. In diesem Zusammenhang kommt dem konzeptuellen Lernen besondere Bedeutung zu: Jeder Mensch besitzt bestimmte Vorstellungen von der Welt bzw. von Politik im Speziellen, die von individuellen Erfahrungen und Sozialisation geprägt sind. Politische Bildung hat daher die Aufgabe, einen Konzeptwechsel bzw. die Weiterentwicklung von zumeist noch wenig differenzierten individuellen Konzepten zu gewährleisten. Weiterhin bestehen aber individuelle Deutungen nebeneinander, die zumeist nicht primär „wahr“ oder „falsch“ sind, sondern sich durch ihre Plausibilität mehr oder weniger unterscheiden.

### **Professionalisierung der Politischen Bildung**

Politische Bildung im oben beschriebenen Sinn bedarf einer adäquaten Aus-, Fort- und Weiterbildung, die in Österreich allerdings nur in Ansätzen vorhanden ist. Zwar ist in den letzten Jahren, nicht zuletzt auch im Zuge einer 2007/08 von der österreichischen Bundesregierung initiierten Demokratieinitiative, durchaus Bewegung in die politische Bildungslandschaft gekommen. Unter anderem wurde das erwähnte österreichische Kompetenzmodell ausgearbeitet, Masterstudien als Fortbildungsmöglichkeiten eingerichtet und Politische Bildung in den Schulen vor allem als Teilfach bzw. in Fächerkombinationen verankert. Und auch in der außerschulischen Jugendarbeit und Erwachsenenbildung hat Politische Bildung an Bedeutung gewonnen. Vereine und Museen bieten Kursprogramme an, Projekte wie „Mitmischen im Landhaus“, das vom Land Steiermark initiiert wird, „befreien“ Schülerinnen und Schüler gleichsam aus dem strukturellen Korsett der Schule,



ermöglichen Politische Bildung ohne Benotungszwang und Hierarchien.

Insgesamt gleicht die Politische Bildung aber auch weiterhin einer Baustelle. Uneinheitliche Strukturen und auch zum Teil fundamentale Unterschiede bei der Definition von Politischer Bildung verweisen auf ihre noch immer unzureichende Professionalisierung. Daher muss die Didaktik der Politischen Bildung in Österreich als wissenschaftliche Disziplin anerkannt werden. Dazu kann eine bessere institutionelle Verankerung, etwa durch die Schaffung von Planstellen an den Universitäten und Pädagogischen Hochschulen, beitragen. Im Sinne des 1978 erlassenen Unterrichtsprinzips sollte zudem in den Curricula aller Lehramtsstudien verpflichtende Anteile in Politischer Bildung vorgeschrieben werden.

Mit einer verstärkten wissenschaftlichen Verankerung der Politischen Bildung wird es schließlich auch möglich sein, einen Konsens darüber zu finden, was unter Politischer Bildung denn verstanden wird und wie sie zu gestalten ist. Damit wäre auch eine an wissenschaftlichen Standards orientierte curriculare Annäherung möglich: ein Grundkonsens darüber, welche Inhalte die Ausbildung in Politischer Bildung benötigt. Damit im Zusammenhang lässt sich auch die Frage klären, ob für Politische Bildung in den Schulen nicht doch ein eigenes Fach und damit auch ein eigenes Studium eingerichtet werden sollte. Letztlich geht es hier auch um die Frage, welchen Status die Politische Bildung im gesellschaftlichen Bildungskanon einnimmt. Denn in ihren Ansprüchen schrammt sie noch immer an der Wirklichkeit, an den Strukturen des österreichischen Bildungssystems, entlang.

### **Literatur und weiterführende Informationen:**

- Diendorfer, Gertraud/Hellmuth, Thomas/Hladschik, Patricia (Hg.): Politische Bildung als Beruf. Professionalisierung in Österreich, Schwalbach/Ts. 2012 (Schriftenreihe der Interessensgemeinschaft Politische Bildung, 1).
- Habermas, Jürgen: Theorie des kommunikativen Handelns, Bd. 1. Handlungsorientierung und gesellschaftliche Rationalisierung, Frankfurt a. M. 1988 (edition suhrkamp, Neue Folge, 502).
- Hellmuth, Thomas: Didaktik der Politischen Bildung. In: Herzog-Punzenberger, Barbara (Hg.): Nationaler Bildungsbericht. Österreich 2012, Bd. 2. Fokussierte Analysen bildungspolitischer Schwerpunktthemen, Graz 2012, S. 169–172.
- Hellmuth, Thomas/Klepp, Cornelia: Politische Bildung. Geschichte – Modelle – Unterrichtsbeispiele, Wien/Köln/Weimar 2010 (UTB, 3222).
- Krammer, Reinhard: Kompetenzen durch Politische Bildung. Ein Kompetenz-Strukturmodell. In: In-formationen zur Politischen Bildung, 29, 2008, S. 5–14.
- Kühberger, Christoph: Basiskonzepte der Politischen Bildung positionieren. In: Informationen zur Politischen Bildung, 29, 2008, S. 69–73.
- Sander, Wolfgang: Politik entdecken – Freiheit leben. Didaktische Grundlagen politischer Bildung, 3., durchgesehene Auflage, Schwalbach/Ts. 2008 (Politik und Bildung, 50).
- Sander, Wolfgang (Hg.): Handbuch Politische Bildung. 4., völlig überarbeitete Auflage, Schwalbach/Ts 2014 (Politik und Bildung, 69).

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb): <http://www.bpb.de/>  
Demokratiezentrum Wien: <http://www.demokratiezentrum.org/>  
Zentrum polis – Politik lernen in der Schule: <http://www.politik-lernen.at/>

# Politische Bildung muss weh tun – aber wem?

Georg Marschnig



Wer kennt sie nicht, die Diskrepanz zwischen ministeriellen Vorgaben, vernünftigen Ideen und alltäglicher Schulrealität? Wem ist die „gläserne Decke“ – egal ob sie nun 50-Minuten-Stunde, Raumproblematik oder Lehrplandruck heißt – noch nie an den Scheitel gestoßen? Und ist es überhaupt zielführend, sich mit diesen Fragen aufzuhalten, wenn es um so etwas Zentrales wie die Befähigung zum politischen Denken, also die Reifung zu mündigen Staatsbürger/-innen geht? Wohl kaum, denn wer sich der Politischen Bildung verschrieben hat, dem wird das Lösen von alltäglichen Umsetzungsproblemen und das Ausloten institutioneller Grenzen zum kleinen Einmaleins. Politische Bildung ist in der österreichischen Schulrealität noch immer an das Engagement Einzelner geknüpft. Die Hoffnung, dass sich das bald ändern wird, ist angesichts finanzieller Einschränkungen aber nicht sehr groß.

Obwohl seit 1978 ein allgemeines Unterrichtsprinzip und seit 2002 (gemeinsam mit Geschichte) Unterrichtsgegenstand in der 8., 11. und 12. Schulstufe, führt die Politische Bildung vielerorts nach wie vor ein Nischendasein. Zwischen der Stofffülle des schulischen Geschichtsunterrichts, der leider noch immer oft als Meistererzählung vom ersten Aufrichten des Urmenschen bis zum jüngsten Ministerrat missverstanden wird, und dem dieser Stofffülle entgegenstehenden Stundenkontingent des Unterrichtsfaches Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung, wird Letztere schlicht im Zeitdruck zerrieben.

Hinzu kommt ein nicht selten festzustellendes Unbehagen der Lehrkräfte, sich mit den „heißen“ Themen aktueller politischer Vorgänge zu befassen. So wird Politische Bildung mit dem schnöden Auswendiglernen der Bezeichnungen für politische Institutionen, dem Aufzählen der politischen

Entscheidungsträger/-innen und bestenfalls mit dem Entstehen eines Gesetzes verbunden. Dass Politische Bildung – verstanden als politisches Denken – weit über diese politische Sachkompetenz hinauszugehen und sich mit den brennenden Fragen unserer Gesellschaft, wie etwa (globaler) Verteilungsgerechtigkeit oder fairem Bildungszugang, zu befassen hat, umschifft man dabei oft mit dem Hinweis auf die Gefahr der Meinungsbeeinflussung der Jugend.

Neben dieser Angst, bewusst oder unbewusst zu beeinflussen, ist vor allem unter Berufsanfängerinnen und -anfängern manchmal ein Gefühl der Überforderung bemerkbar, die mit der Befürchtung, zu wenig über politische Vorgänge Bescheid zu wissen, zusammenhängt. „Ich weiß ja gar nicht, was ich da unterrichten soll – in der Schule habe ich nichts davon gehört und in der Ausbildung auch nicht“ – Aussagen wie diese manifestieren freilich eine Mangelsituation in der Ausbildung, trotzdem wird so auch fehlendes Interesse und Engagement der Akteurinnen und Akteure sichtbar. Denn, dass sich Positionen wie diese angesichts einer Fülle von Materialien<sup>1</sup> und außerschulischen Angeboten – zumindest nicht dauerhaft – halten lassen, liegt auf der Hand.

Wie sich aus dem bisher Geschriebenen ersehen lässt, steht es nicht zum Besten mit der Politischen Bildung in der Schule. Dennoch ist eintönige Schwarzmalerei unangebracht, sind doch die angeführten Problemlagen meist „hausgemacht“ und – wie so vieles in unserem Bildungssystem – stark personenabhängig. Sich dem (einigermaßen absurden) Versuch unterzuordnen, die Weltgeschichte von A bis Z zu

<sup>1</sup> Stellvertretend für die weitverzweigte Literatur zum Thema seien hier nur die vier sehr empfehlenswerten Websites [www.politischebildung.com](http://www.politischebildung.com), [www.demokratiezentrum.org](http://www.demokratiezentrum.org), [www.politik-lernen.at](http://www.politik-lernen.at), [www.polipedia.at](http://www.polipedia.at) genannt.

unterrichten, ist natürlich ebenso selbstgewählt, wie die völlig legitime Entscheidung, verschiedene Themengebiete auf Kosten der Politischen Bildung zu kürzen. Und auch die Gefahr der Beeinflussung lässt sich mit Verweis auf den – nunmehr seit fast vierzig (!) Jahre gültigen – „Beutelsbacher Konsens“ (Stichworte Überwältigungsverbot, Kontroversität, Schülerorientierung) leicht von der Hand weisen. Obwohl also Lehrplan, Wissenschaft und auch Zivilgesellschaft Gegensätzliches einmahnen, ist die Politische Bildung noch immer nicht in allen Klassenzimmern angekommen.

Es hängt in einem zugegeben nicht besonders freundlichen Umfeld (noch immer) stark von motivierten Lehrenden ab, der Politischen Bildung entsprechend Raum und Gewicht zu verschaffen. Aber wie sich behaupten im bildungspolitischen Alltag? Wie einem Fach das Wort reden, das sich eben nicht einfach so standardisiert bewerten lässt? Und was sind überhaupt die Inhalte, die in diesem so schwer einzuordnenden Fach vermittelt werden, wenn sie über Begrifflichkeiten hinausgehen sollen? Und zuletzt, aber eigentlich entscheidend: Wie kann man sie unterrichten, diese Inhalte?

Das von Reinhard Krammer entwickelte österreichische Kompetenzmodell<sup>2</sup> für politische Bildung weist vier Grundkompetenzen aus, die den Unterricht in Politischer Bildung ebenso umreißen wie begründen. Anhand seiner Kategorien lässt sich die Unterrichtsarbeit in Politischer Bildung prägnant zusammenfassen: Oberstes Ziel muss demnach die Entwicklung der Fähigkeit zum politischen Urteil sein – also die Kompetenz, politische Entscheidungen, gesellschaftliche Probleme und öffentliche Kontroversen begründet beurteilen zu können. Dieser Urteilskompetenz vorgelagert sind die schon angesprochene Sachkompetenz und – von eminenter Bedeutung (!) – die politische Methodenkompetenz. Diese beschreibt die Fähigkeit politische Manifestationen wie Reden, Zeitungskommentare, Fernsehberichte oder Meinungsumfragen verstehen und einordnen zu können. Damit wird ihre Bedeutung für die Urteilskompetenz und, nicht zuletzt, die politische Handlungskompetenz deutlich:

Jemand, der mit den genannten Fähigkeiten ausgestattet ist, kann politisch aktiv werden, sich also in politischen Konflikten engagieren, die Ideen anderer dekodieren, eigene Positionen formulieren und somit schließlich zur Lösung politischer Probleme beitragen.

Diese ambitionierte Zieldefinition eines Unterrichts aus politischer Bildung lässt sich nur durch stetiges Training

<sup>2</sup> Vgl. [www.bmukk.gv.at/medienpool/23415/glv\\_kompetenzmodell.pdf](http://www.bmukk.gv.at/medienpool/23415/glv_kompetenzmodell.pdf)

und fortlaufende Beschäftigung mit „dem Politischen“ erreichen. Politische Sachkompetenz kann nur durch vielmaliges Wiederholen erworben werden, die sich natürlich nur bewerkstelligen lässt, wenn „die Politik“ einen entsprechenden Anteil der Unterrichtsstunden erhält. Der langfristige Aufbau von politischer Methodenkompetenz bedarf mühsamer Vorarbeit im Geschichtsunterricht der Sekundarstufe 1 – eine politische Manifestation, wie etwa eine Karikatur, zu dekodieren kann man selbstverständlich auch anhand der medialen Ausformungen des revolutionären Gedankens im Frankreich des ausgehenden 18. Jahrhunderts erlernen. Weiters kann man politische Urteile nur dann fällen, wenn in Diskussionen Raum dafür gegeben wird und ja, politisches Handeln darf auch nach der alljährlichen Klassensprecherwahl Thema sein!

Dennoch gilt es, hier für ein kritisches „leichter gesagt, als getan“ innezuhalten. Um sich eingehend mit politischen Ideen und vor allem mit ihrer Kommunikation zu beschäftigen beziehungsweise politische Akteurinnen und Akteure „live“ zu erleben, braucht es auf jeden Fall ein Ausbrechen aus dem institutionellen Rahmen des traditionellen Geschichtsunterrichts, sei es im Zuge projektorientierten Unterrichtens oder im Zuge eines eigenen Faches. Die damit verbundenen organisatorischen Hürden zu nehmen, fällt dem einen leichter, dem anderen nicht. Insofern wäre hier eine Institutionalisierung politischer Projektstage oder ähnlicher Rahmenbedingungen, wie etwa der Reservierung einer eigenen Unterrichtseinheit für politische Zusammenhänge<sup>3</sup> sehr wünschenswert.

Denn unabhängig davon, ob es sich um die Zusammenarbeit mit außerschulischen „Playern“ (wie eben beteiligung.st), die Einladung von Expertinnen und Experten (wie etwa beim steirischen Anwaltstag), oder die Organisation von fächerübergreifenden Thementagen und/oder Exkursionen handelt: Politische Bildung in der Schule ist (leider) immer stark vom persönlichen Engagement einzelner Kolleginnen und Kollegen sowie der Unterstützung der Schulleitung abhängig. Und gerade die Entkoppelung von der Motivation von Einzelpersonen wäre wohl der längst überfällige Schritt (siehe Nationalratswahl) im „Erwachsenwerden“ der

Politischen Bildung, denn – um mit einem gern verwendeten Bonmot zu schließen – Politische Bildung soll zwar weh tun, allerdings sind damit wohl weniger die Mühen ihrer Organisation gemeint, als vielmehr die Auswirkungen einer kontroversiellen, kritikfördernden und handlungsorientierten Politischen Bildung in der Schule.

<sup>3</sup> Am BG/BRG Kirchengasse etwa ist dafür eine Unterrichtsstunde in der 8. Klasse im Rahmen des schulautonomen Unterrichtsgegenstandes „Kommunikation und Präsentation“ vorgesehen.

# Jugend und Demokratiebewusstsein – ein Widerspruch?!

Maria Lettner

Jungen Menschen wird häufig unterstellt, sie seien „politikverdrossen“. Da drängt sich doch der Schluss auf, dass es ihnen auch an Demokratiebewusstsein mangeln könnte. Dabei ist das Gegenteil der Fall: Jugendliche interessieren sich für Politik und haben ein ausgeprägtes Demokratiebewusstsein.

Als Interessenvertretung der Kinder und Jugendlichen Österreichs werden wir, die Bundesjugendvertretung (BJV), nicht müde, diese Tatsache in die Köpfe der politischen Entscheidungsträger/-innen zu bringen und (mittels medialer Unterstützung) die öffentliche Meinung zu verändern. Ziel ist es dabei immer, bessere Partizipationsmöglichkeiten für Jugendliche zu erreichen. Für diesen Einsatz gibt es zwei wesentliche Beweggründe: Einerseits erleben wir tagtäglich, mit welchem Engagement Jugendliche in unseren Mitgliedsorganisationen aktiv sind und sich für Werte wie Chancengleichheit, Vielfalt oder Toleranz einsetzen – das zeugt von angewandtem Demokratiebewusstsein. Andererseits belegen Studien, dass zu den stärksten Motiven der politischen Beteiligung von Jugendlichen ein hohes Demokratiebewusstsein und das Wertschätzen der Demokratie zählen.

Sowohl vor als auch nach der Senkung des Wahlalters im Juni 2007 gab es einige Diskussion darüber, ob denn Jugendliche im Alter von 16 bis 18 Jahren überhaupt „bereit“ seien für das aktive Wahlrecht. Viele, teils irrationale Argumente schwirrten dabei durch die Debatten: in diesem Alter wären Jugendliche noch nicht reif genug, sie interessierten sich selbst nicht fürs Wählen, sie würden radikalere Parteien bevorzugen.

Mittlerweile zeigen bereits mehrere Studien deutlich auf, dass diese Argumente völlig haltlos sind (Nachwahlanalyse zu den Nationalratswahlen 2008 und 2013, Analyse der Wiener Landtagswahl 2005). Die Ergebnisse dieser Studien sind sehr aufschlussreich, vor allem auch was das Demokratiebewusstsein junger Wähler/-innen betrifft, wie folgende Auszüge verdeutlichen:<sup>1</sup>



<sup>1</sup> Vgl. Nachwahlanalyse SORA NRW 2008, [www.sora.at](http://www.sora.at)

## **Wähler/-innen ab 16 ...**

... machen von ihrem Wahlrecht genauso zahlreich Gebrauch wie ältere Wähler/-innen.

... unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Wahlentscheidung wesentlich nach ihrem sozioökonomischen Hintergrund und der Tatsache, ob sie sich noch in Ausbildung oder bereits in Beschäftigung befinden.

... gehen zur Wahl, weil ihnen die Möglichkeit zur Mitbestimmung und ihr Wahlrecht wichtig sind. Ihre Zweifel beziehen sich eher auf das Angebot der Parteien, nicht auf die Wahl an sich.

... sind nicht „politikverdrossen“, sondern sie gehen auf Distanz zu Parteien und politischen Institutionen.

... treffen ihre Wahlentscheidung aufgrund von Informationen (was gegen das Argument der angeblich leichteren Manipulierbarkeit von jungen Wählerinnen und Wählern spricht). Sie wünschen sich dezidiert mehr Informationen und weniger inhaltsleere Wahlkampf-Slogans.

... interessieren sich vor allem für die „Zukunftsthemen“ Ausbildung/Bildung, Jugendarbeitslosigkeit, Gleichberechtigung und Armut.

Die Wahlaltersenkung war ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung – unseres Erachtens muss diese aber von begleitenden Maßnahmen in ihrer Wirkkraft unterstützt werden. Darum setzt sich die BJV für die flächendeckende Einführung von Politischer Bildung als eigenes Fach ab der fünften Schulstufe ein.

Die Gründe, die für ein eigenes Fach sprechen, sind hinlänglich bekannt und sollen hier nur kurz Erwähnung finden<sup>2</sup>:

- Komplexität von Gesellschaft und Politik,
- Stärkung der Demokratie durch Aufwertung der politischen Bildung,
- Repräsentanz der Sozialwissenschaften in einer wissenschaftsorientierten Schule,
- fachliche Qualität und Professionalisierung der politischen Bildung.

Die Forderung nach einem eigenen Fach impliziert auch die Forderung nach einer adäquaten Ausbildung der Lehrer/-innen. Im Sinne des ganzheitlichen Zugangs von „*Education for Democratic Citizenship*“<sup>3</sup> fordert die BJV außerdem, dass Politische Bildung, die im nicht-formalen Bildungssektor passiert, anerkannt und stärker gefördert wird. Kinder- und Jugendorganisationen leisten hier einen wichtigen Beitrag zum Erwerb von sozialen Kompetenzen und Demokratiebewusstsein.

<sup>2</sup> Vgl. Sander 2006, S. 23–38.

<sup>3</sup> Steinger S. 2006, S. 13f.

Demokratiepolitisches Lernen ermöglicht in nicht-formalen Kontexten andere, komplementäre Zugänge als im formalen Bildungssektor und ist daher ebenso intensiv zu fördern. Mehr Informationen zur Initiative der BJV sowie das Positionspapier zur Politischen Bildung finden sich unter [www.bildungmachtpolitik.at](http://www.bildungmachtpolitik.at)

Demokratiebewusstsein lässt sich auch dadurch fördern, dass Jugendliche in (politische) Prozesse und Entscheidungen, die sie unmittelbar betreffen, in adäquater Weise einbezogen werden. Das beginnt im konkreten

Lebensumfeld, in der Schule und am Ausbildungsplatz sowie in der Gemeinde – ein konsequenter Dialog kennt nach oben hin keine Grenzen und kann genauso auf der Ebene der europäischen Politik oder in Gremien der UNO stattfinden.

Die BJV sieht ihre Aufgabe darin, für einen solchen konsequenten Dialog Lobbying zu betreiben und Jugendliche durch ihre Aktivitäten und über ihre Mitgliedsorganisationen in ihren Möglichkeiten zur Partizipation zu unterstützen.



#### Literatur und weiterführende Informationen:

Diendorfer, G./Steininger, S. (Hg.): Demokratie-Bildung in Europa. Herausforderungen in Österreich. Wochenschauverlag, 2006.  
Sander, W.: Politische Bildung in der Demokratie – Herausforderungen im europäischen Kontext. In: Diendorfer, G./Steininger, S. (Hg.): Demokratie-Bildung in Europa. Herausforderungen in Österreich. Wochenschauverlag, 2006. S. 23–38.  
Steininger, S.: Demokratie lernen und leben: Das EDC-Projekt des Europarates, seine Umsetzung in Österreich und künftige europäische Initiativen. In: Diendorfer/Steininger (Hg.): Demokratie-Bildung in Europa. Herausforderungen in Österreich. Wochenschauverlag, 2006. S. 13f.

Demokratiewerkstatt im Parlament, <http://www.demokratiewerkstatt.at>.

Erste Ergebnisse der Nachwahlanalyse zur Nationalratswahl 2013, Österreichische Nationale Wahlstudie AUTNES, Universität Wien: <http://www.bmwfj.gv.at/Jugend/Forschung/DialogJugendforschung/Seiten/ErstwaehlerInnen2013.aspx>.

Ergebnisse der Nachwahlanalyse zur Nationalratswahl 2008, Studie von SORA, ISA und Dr.in Ulrike Kozeluh, [www.sora.at](http://www.sora.at); [www.sora.at/themen/wahlverhalten/waehlen-mit-16.html](http://www.sora.at/themen/wahlverhalten/waehlen-mit-16.html).

Ergebnisse der Wiener Gemeinderatswahl 2005, SORA, ÖIJ und WZW: <http://www.sora.at/nc/news-presse/news/news-einzelansicht/news/whlen-mit-16-in-wien-2005-117.html>.

Kurzbericht zur Pilotstudie: Jugend und Politische Bildung. Einstellungen und Erwartungen von 14- bis 24-jährigen, April 2007, [http://www.eduhi.at/dl/pilotstudie\\_jugend\\_polbil.pdf](http://www.eduhi.at/dl/pilotstudie_jugend_polbil.pdf).

Online-Wiki-Lehrbuch zu Themen der Politischen Bildung, [www.polipedia.at](http://www.polipedia.at).

Politik-Lexikon für junge Leute, <http://www.politik-lexikon.at>.

Positionspapiere der BJV zu den Themen Partizipation von Kindern und Jugendlichen und Politische Bildung:

<http://www.jugendvertretung.at/infomaterial/positionspapiere>.

Zentrum polis – Demokratie lernen in der Schule, [www.politik-lernen.at](http://www.politik-lernen.at).

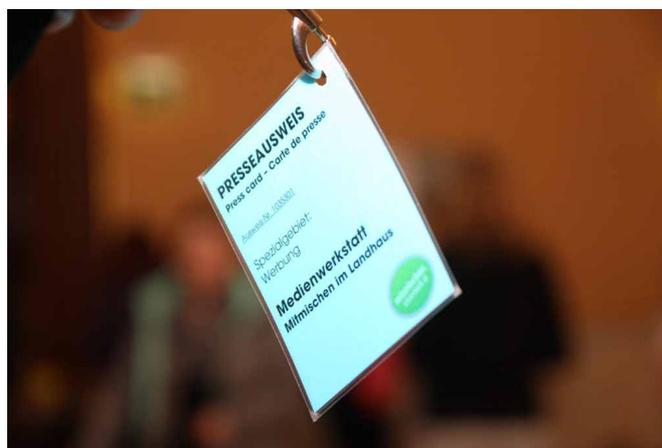
# Medien, Politik, Jugend

Melani Barlai

In einer Demokratie gehört zu den Grundrechten auch das Recht auf Meinungs- und Medienfreiheit. In Österreich ist diese demokratische Grundfreiheit in Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention und Artikel 13 des Staatsgrundgesetzes verankert: „Jedermann hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck oder durch bildliche Darstellung seine Meinung innerhalb der gesetzlichen Schranken frei zu äußern.“ (Art. 13 StGG). Die wichtigste öffentliche Aufgabe der Medien ist es, an der freien, individuellen und öffentlichen Meinungsbildung mitzuwirken. In diesem Meinungsbildungsprozess werden von den Medien Informationen über wichtige gesellschaftspolitische und wirtschaftliche Zusammenhänge gesammelt, selektiert und kritisch hinterfragt. Das Funktionieren einer Demokratie, in der die Staatsgewalt vom Volk ausgeht (vgl. Art. 1 B-VG), verlangt, dass die Bürger/-innen ausreichend informiert werden, um sich eine eigene Meinung zu wichtigen politischen Inhalten bilden zu können. Im Bereich der politischen Informationsvermittlung kommt den Medien eine zentrale Bedeutung zu, da sie die bedeutendsten Akteure der politischen Meinungsbildung sind. Zugleich stellen sie die wichtigsten Plattformen zur Verfügung, aus denen die Bürger/-innen ihre Informationen beziehen können. Durch das Recht der freien Meinungsäußerung gibt es in Österreich eine bunte Vielfalt von Medienangeboten, die von professionellen Nachrichten bis hin zur populistischen Verbreitung von qualitativ minderwertigen, gesellschaftlich weniger relevanten Boulevardinformationen reichen. Qualitätsunterschiede in den Berichterstattungen sind in allen Bereichen (Wirtschaft, Politik, Feuilleton, Sport etc.) der Nachrichtenvermittlung vorzufinden.

Österreichs Wahlalter von 16 Jahren gilt als Vorreiter bei der demokratischen Partizipation junger Menschen in Europa. Zwar fand der aktuellste Jugend-Trend-Monitor aus dem Jahr 2013 heraus, dass die befragten Jugendlichen in Österreich ihr Interesse am ehesten für Musik und Sport bekunden und Politik auf ihrer Interessenskala ganz hinten verorteten (vgl. Jugend-Trend-Monitor 2013). Dennoch gibt es ein großes Potenzial für politisches Engagement der österreichischen Jugend. Dies lässt sich zum einen dadurch begründen, dass sich Österreich im europäischen Vergleich durch ein tradiertes freiwilliges gesellschaftspolitisches Engagement auszeichnet und zum anderen durch das Ergebnis des aktuellen Jugendmonitors hinsichtlich der Einstellung der Jugend zur Wichtigkeit der eigenen Mitbestimmung. Demnach stufen acht von zehn der befragten Jugendlichen die eigene Mitbestimmung als „sehr“ oder „eher wichtig“ ein und über zwei Drittel sind der Meinung, dass sie über die vorhandenen

Mitbestimmungsmöglichkeiten etwas bewirken können. Die beliebtesten Beteiligungsformen der Jugendlichen sind „Wählen gehen“, „Unterschriftenliste unterzeichnen“ und das „Liken“ im Web (vgl. Jugendmonitor 2012). Auch hier zeigt sich die Tendenz, dass die Meinungsbildung und -äußerung nicht ausschließlich in den traditionellen Medien stattfinden. Die Verbreitung von Medieninhalten wie auch der Politikvermittlungsprozess erfolgen zunehmend auf den unterschiedlichsten Plattformen der internetbasierten Social Media, die als wichtige Kommunikationsflächen sowohl für Medien als auch für Parteien dienen.



Die enttarnende Rolle der Medien („Mediendemokratie“), welche durch die neuen Technologien, insbesondere durch Online- Kommunikationsinstrumente verstärkt wird, sorgt für Kritik – etwa wenn Medien die auf analytischer Recherche basierte Berichterstattung einer oberflächlichen, von Sensationsgier gesteuerten Informationsvermittlung unterordnen und „Politik-Populismus“ betreiben. Der zunehmende Einfluss der Medien auf die heutige Politik(-gestaltung) zieht auch eine Emotionalisierung der massenmedialen Kommunikation mit sich, insbesondere, wenn es um populistische Inhalte geht. Populismus wie auch die Massenmedien arbeiten mit den Instrumenten der „Personalisierung, Komplexitätsreduktion, Dramatisierung und Emotionalisierung“ (Diehl 2012), die darauf ausgerichtet sind, kommerzielle Erfolge sowie erhöhte Leserzahlen und Stimmenzuwachs bei den Wahlen zu erzielen.

Eine Personalisierung wie es beispielsweise der Populist Heinz-Christian Strache im Vorfeld der österreichischen Nationalratswahl auf Twitter, Facebook und Co. mit Erfolg praktizierte, geschieht mit Hilfe der Medien, die nun in jedem demokratischen politischen System als vierte Gewalt fungieren. Durch den erhöhten Druck der Parteien, Wählerstimmen zu gewinnen und sie zu behalten, besteht die Gefahr, dass „Entscheidungen gegen den Medien-Mainstream kaum noch getroffen würden“ (Müller 2004),

da sich Politik der Logik der medialen Präsentation unterwirft. Thomas Meyer bezeichnet die Form der Mediatisierung, in der die Medien die Politik kolonialisieren und eine theatralische Inszenierung mit einem Rollenwechsel zwischen Medien und Politik stattfindet, als Mediokratie (vgl. Meyer 2002; Meyer 2001). Während in der Parteiendemokratie die Medien die Politik kontrollieren sollten, beobachten in der Mediendemokratie die politischen Akteurinnen und Akteure das Mediensystem, um sich „richtig“ präsentieren zu können. Solches „Politainment“ (vgl. Dörner 2001) schafft zusätzliches Publikum und erhöht die Wählerstimmenanzahl. Der politische Unterhaltungsmodus via *Social Web* zeigt vor allem bei den Jugendlichen Erfolg. Die FPÖ mit der dominanten Führungsfigur und dem Medienstar Heinz-Christian Strache hat im Wahlkampf zur Nationalratswahl 2013 auf die Strategie des Politainments gesetzt. Die Partei gilt als eine rechtspopulistische und – wie Richard Stöss sie kategorisiert – leicht rechtsextreme Partei (vgl. Stöss 2007) und ist eine der erfolgreichsten europäischen Parteien. Der „Vater“ der Partei, Jörg Haider – ebenfalls ein politischer Entertainer –, kann „als der Prototyp des europäischen Rechtspopulismus gelten“ (Hartleb 2011). Sein Nachfolger Strache hat die Führung auf der Beliebtheitskala der EU-Populistinnen und -Populisten im Internet übernommen.<sup>1</sup> Anton Pelinka beispielsweise erklärt den populistischen Stempel der FPÖ mit dem Profil ihrer Wählerschaft, ihrer ideologiegeleiteten Fremd- und Selbstwahrnehmung sowie mit den opportunistischen Inhalten ihrer Wahlmotive (vgl. Pelinka 2002), die sie geschickt in den Medien einsetzt. Neben den persönlichen Botschaften und Weisheiten über Vollmond, Liebe, Fitness oder den Guten-Morgen-Wünschen, waren die beliebtesten Debatten auf der

Facebook-Seite von Strache jene um Kriminalität, Asylmissbrauch, die Einführung der Direkten Demokratie nach dem Schweizer Modell, den Souveränitätsverzicht durch die EU und die Wahrung der österreichischen Identität und Kultur (vgl. [www.facebook.com/HCStrache](http://www.facebook.com/HCStrache), Beiträge aus den Jahren 2012 und 2013) – also jene Themen, die in den Medien ebenfalls eine zentrale Stellung einnahmen. Als Ergebnis erzielte die FPÖ auch bei den Jungwählerinnen und -wählern einen beachtlichen Erfolg. In der Gruppe der unter 29-Jährigen wurde sie zur beliebtesten Partei: Insgesamt wählten sie hier 22 Prozent, unter den männlichen Wählern unter 29 Jahren votierten 32 Prozent für die FPÖ (vgl. SORA/ISA 2013). Die intensive Personalisierungskampagne von Strache – insbesondere auf Facebook – punktete bei Österreichs Jugend, die das Liken auf Facebook als eine der wichtigsten Mitbestimmungsformen ansieht: Im Vorfeld der Nationalratswahl wurden Jugendliche befragt, mit wem sie am liebsten zu Abend essen würden. Strache landete bei dieser Umfrage auf Platz drei, nur überholt von Barack Obama und Heinz Fischer (Jugend-Trend-Monitor 2013).

Sowohl für Populistinnen und Populisten als auch für andere Politiker/-innen fungieren die Medien und das Internet als die billigste und effizienteste Plattform für Mobilisierung sowohl in wie auch außerhalb der Wahlkampfperiode. Es ist vor allem eine gesellschaftliche Aufgabe, die Selbstinszenierung der Medien zur kontrollierenden „Gewalt“ zu rekultivieren. Dabei sollte die politische Bildung der Staatsbürgerinnen und Staatsbürger durch die Massenmedien zu einem alten neuen Leitziel formuliert werden. Medienkunde als ein in das Bildungssystem integriertes Schulfach wäre hierfür ein lohnenswerter Anfang.

<sup>1</sup> Gemessen an den *Facebook-Likes* und den Facebook-Aktivitäten der Frontfiguren Strache, Le Pen, Wilders, Thulesen Dahl, Jensen und den Parteien – da es dort keine eigene Facebook-Seiten der Vorsitzenden existieren – Vlaams Belang und Lega Nord (eigene Erhebung 2013).

#### Literatur und weiterführende Informationen:

- Beyrl, Maria: Vortrag auf dem Symposium Brain And The City 2013, 13–14. November in Graz zum Thema: Jugendstrategie und Co – Wie sind junge Menschen in gesellschaftlichen Prozessen vertreten? Abrufbar unter: [http://netpol.at/news/brain-and-the-city-2013-rueckblick/batc2013\\_vortrag\\_MBeyrl.pdf](http://netpol.at/news/brain-and-the-city-2013-rueckblick/batc2013_vortrag_MBeyrl.pdf).
- Diehl, Paula: Populismus und Massenmedien. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 5–6/2012, S. 16–22.
- Dörner, Andreas: *Politainment – Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft*. Frankfurt/M. 2001.
- Hartleb, Florian: Nach ihrer Etablierung – Rechtspopulistische Parteien in Europa. Begriff. Strategie. Wirkung. 2011. Abrufbar unter: [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_22741-544-1-30.pdf](http://www.kas.de/wf/doc/kas_22741-544-1-30.pdf).
- Jugend-Monitor 2012. Abrufbar unter: <https://www.bmwfj.gv.at/Jugend/Forschung/Seiten/Jugendmonitor.aspx>.
- Jugend-Trend-Monitor 2013. Abrufbar unter: [http://www.doclx-holding.com/jugendstudie2013/Jugend\\_Trend\\_Monitor\\_September\\_2013.pdf](http://www.doclx-holding.com/jugendstudie2013/Jugend_Trend_Monitor_September_2013.pdf).
- Meyer, Thomas: *Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch die Medien*. Frankfurt/M. 2001.
- Meyer, Thomas: *Mediokratie. Auf dem Weg in eine andere Demokratie?* In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 15–16/2002, S. 7–14.
- Müller, Albrecht: *Von der Parteien- zur Mediendemokratie: Diskussionsbeitrag von Albrecht Müller*. Abrufbar unter: <http://www.bpb.de/mediathek/268/von-der-parteien-zur-mediendemokratie>.
- Pelinka, Anton: *Die FPÖ im internationalen Vergleich. Zwischen Rechtspopulismus, Deutschnationalismus und Österreich-Patriotismus*. In: *conflict & communication online*, Vol. 1/1, 2002.
- SORA/ISA: *Wahlanalyse Nationalratswahl 2013*. Abrufbar unter: [http://www.sora.at/fileadmin/downloads/wahlen/2013\\_NRW\\_Wahlanalyse.pdf](http://www.sora.at/fileadmin/downloads/wahlen/2013_NRW_Wahlanalyse.pdf).
- Stöss, Richard: *Rechtsextremismus im Wandel*. Abrufbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/do/05227.pdf>.
- Strache, Heinz Christian: [www.facebook.com/HCStrache](http://www.facebook.com/HCStrache) 2012, 2013.

# Partizipationsförderung und Politisches Lernen durch Planspiele

Stefan Rappenglück

## Planspielmethode

Die Planspielmethode wurde lange vor allem in der militärischen und betriebswirtschaftlichen Aus- und Fortbildung eingesetzt. Sie wird inzwischen auch sehr erfolgreich in der Schule, der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung, in der internationalen Jugendarbeit sowie in Hochschulen durchgeführt.

Das Wort „Planspiel“ skizziert bereits zwei wichtige Merkmale der Methode: Spielen und Handeln nach einen „Plan“, d.h. auf der Grundlage einer bewussten (oder unbewussten) Strategie und vereinbarten Spiel-/Verfahrensregeln.

Planspiele knüpfen unter anderem an der Spiel- und Systemtheorie aus der Politikwissenschaft und der Handlungstheorie aus der Pädagogik an. In realen – was die Regel ist – oder fiktiven Ausgangslagen werden politische Entscheidungs- und Willensbildungsprozesse mit eindeutigen Interessensgegensätzen und Entscheidungszwängen simuliert.

Zu den Zielen des handlungsorientierten Ansatzes des Planspiels – dem „direkten“ Erleben von politischen Entscheidungsprozessen und Institutionalisierungsvorgängen – zählen:

- Heranführung an die und Auseinandersetzung mit der Funktionslogik des parlamentarischen Regierungssystems
- Tieferes Verständnis politischer Abläufe und Entscheidungen
- Stärkung demokratischer Handlungskompetenz
- Förderung kognitiver und prozessualer Kompetenzen im Sinne eines politischen Lernens
- Förderung politischer Mündigkeit
- „Erfahrungen schaffen“ mit Politik

Die Lernerfahrungen erstrecken sich auf mehrere Ebenen im Lernprozess, unter anderem fördert die Methode soziale und kommunikative Schlüsselkompetenzen, den Umgang mit Regeln und Konfliktlösungsstrategien sowie die Fähigkeit zum Perspektivenwechsel.



Demokratische Grundwerte werden reflektiert und Verständnis für politische Prozesse geweckt und damit der Politikzyklus erschlossen. Soziales und politisches Lernen wird ermöglicht und damit die Einübung der Bürgerrolle gefördert.<sup>1</sup>

Die besondere Stärke der Planspielmethode für den Bereich der Politikvermittlung besteht in dem damit verbundenen mehrdimensionalen Kompetenzerwerb:

- Analyse- und Wissenskompetenz
- Politische Urteils- und Handlungskompetenz<sup>2</sup>

Zusammengefasst: Politische Entscheidungsprozesse werden erfahrbar gemacht und in der eigenen Lebens- und Erfahrungswelt verankert.

## Planspiele zur Demokratievermittlung

Die „Planspiel-Datenbank“ der Bundeszentrale für politische Bildung<sup>3</sup> ermöglicht einen systematischen Überblick über deutschsprachige Simulationen in der politischen Bildung. Aus der Vielzahl der Planspielangebote zur Demokratievermittlung auf kommunaler, regionaler und nationaler Ebene werden nachfolgend exemplarisch drei Beispiele kurz dargestellt.

Einen besonderen Ansatz stellt das Großplanspiel „Die Schule als Staat“ dar. Es wird vor allem an eigenen Projekttagen an Gymnasien in Baden-Württemberg durchgeführt. In komplexer und realitätsnaher Weise werden Entscheidungsprozesse, staatliche Organisationen und das Wirtschaftssystem für die teilnehmenden Schüler/-innen und Lehrer/-innen erlebbar. In Rahmen des Projektes verwandeln sich Schulen für den Projektzeitraum in einen von Schülerinnen und Schülern und Lehrenden gleichberechtigt bewohnten fiktiven Staat mit staatlichen Institutionen, Parteien, Gerichten, eigener Währung, Behörden und Firmen. Die (fiktive) Verfassung regelt sämtliche Rechte und Pflichten der Staatsbürger/-innen und der Regierung. Alle Schüler/-innen und Lehrer/-innen müssen eine Aufgabe im Staat übernehmen, die ihnen meistens durch eine Rollenkarte zugewiesen wird.<sup>4</sup>

Der bayerische Landtag führt seit Jahren sehr erfolgreich die Planspielserie „Der Landtag sind wir“ durch. Im Rahmen eines maximal vierstündigen Planspiels werden durch junge Menschen fiktive Gesetzesvorschläge gemäß dem realen Gesetzgebungsverfahren „nachgespielt“ Die Planspiele finden entweder im bayerischen Landtag oder in Schulen statt. Durch die möglichst realitätsnahe

<sup>1</sup> Ausführlich zur Planspielmethodik: Rappenglück 2010, abrufbar unter: <http://www.bpb.de/lernen/unterrichten/planspiele/70254/die-methodik>.

<sup>2</sup> Ausführlich zur Handlungsorientierung und politischen Urteilsbildung im erfahrungsorientierten Politikunterricht: Scherb 2012, S. 35–82.

<sup>3</sup> Vgl. <http://www.bpb.de/lernen/unterrichten/planspiele>.

<sup>4</sup> Vgl. Marker 2009, S.144

Abbildung sollen die beteiligten Jugendlichen an Politik herangeführt und zur Partizipation sensibilisiert werden. Abgerundet werden die durchgeführten Planspiele jeweils durch eine Abschlussevaluation mit Abgeordneten des bayerischen Landtags.<sup>5</sup>

Auf Bundesebene existiert das Planspiel „Jugend und Politik“. In diesem Großplanspiel werden ebenfalls fiktive Gesetzesinitiativen entsprechend der realen Bundesgesetzgebung mit jungen Menschen und unter Anwesenheit des „echten“ Bundestagspräsidenten im Deutschen Bundestag durchgespielt. Das Planspiel dauert drei Tage. Die didaktischen Zielsetzungen entsprechen der Variante im bayerischen Landtag.<sup>6</sup>

Eine ausführliche Evaluation ist sehr wichtig. In dieser werden nicht nur die jeweilige Rollenübernahme und das Ergebnis reflektiert, sondern vor allem die gemachten Erfahrungen in Bezug zur individuellen Lebenserfahrung und Demokratiekompetenz gesetzt. Die gemeinsame Zielsetzung der vorgestellten Planspiele ist es, den Jugendlichen die Funktionsweise parlamentarischer Prozesse näherzubringen und sie zur Partizipation zu befähigen. Die Jugendlichen lernen – anders als im normalen Unterricht – das sonst nur abstrakt vorhandene Gebilde parlamentarischer Entscheidungsprozesse „von innen“ auf eine sehr persönliche Art kennen. Dadurch erschließt sich den Jugendlichen eher der ansonsten abstrakte Begriff der Demokratie.



### **Demokratielernen**

Ein zentraler Aspekt von Planspielen besteht in der Förderung von Demokratielernen und Partizipation. Jugendliche setzen sich mit dem demokratischen System, seinen Verfahrensweisen und den Partizipationsmöglichkeiten als auch -barrieren auseinander. Sie erleben und erlernen Demokratie als Herrschaftsform.

Wenn Jugendliche durch die Planspielmethode selbst Projekte planen und durchführen und der Erfolg des Projektes auch von ihrem eigenen Engagement abhängig ist, erfahren sie zugleich Demokratie als Lebensform. Sie erleben selbst, was demokratisches Handeln bedeutet und in welchem Maße die Erziehung zur Mündigkeit im Alltag als Basis der Demokratie notwendig ist, damit die Demokratie als Herrschaftsform langfristig stabil bleibt. Durch Planspiele werden Kompetenzen – nicht nur für junge Menschen – entwickelt, um künftig auch reale Entscheidungsprozesse im eigenen Umfeld aktiv mitzugestalten zu können.<sup>7</sup>



<sup>5</sup> Vgl. Rappenglück 2008, S. 8–12.

<sup>6</sup> Vgl. Burgdörfer/Ness/Rappenglück u. a. 2005.

<sup>7</sup> Vgl. ausführlicher zum Demokratielernen: Marker 2009, S.147–160.



### **Fazit**

Planspielevaluationen zeigen, dass Planspiele zu einer hohen Motivation, einem nachhaltigeren Lernerfolg und einem verbesserten Verständnis und Interesse für Politik und politische Entscheidungsprozesse unter jungen Menschen führen: „Es vermittelt einen guten lebendigen Eindruck von dem Kräftespiel innerhalb der Institutionen und wie Demokratie und Kompromissuche eng verknüpft sind. Die Willensbildung für einen Abgeordneten alleine, innerhalb seiner Gruppierung, des Parlaments, der verschiedenen Interessengruppen und schließlich zwischen den Staaten und Kommission zum Parlament. Erschreckend deutlich wie ich meine.“ (Originalaussage von einem Teilnehmer in Europaplanspielen)

Außerdem wurde von Jugendlichen das Erleben der Möglichkeit, selbstbestimmt und selbstverantwortet handeln zu dürfen, als besonders positiv erlebt. Die Erfahrungen des politischen Prozesses und Verhandlungen sind sehr eindringlich. Explizit wird von Jugendlichen der Ablauf der Abstimmungen, die Bereitschaft zu Verhandlungen und Kompromissen sowie die Konfliktbewältigung genannt. Werden politische Themen von den Jugendlichen meist als theoretisch, uninteressant, langweilig und nicht alltagsrelevant empfunden, betont die große Mehrheit der Teilnehmenden, dass Planspiele Spaß machen und einen lebendigen Eindruck politischer Entscheidungsprozesse vermitteln.

Eine klare Mehrheit der Befragten würde erneut an Planspielen teilnehmen und schätzt den Lerneffekt als sehr hoch ein. Die Planspielmethode wird als Bereicherung für den Politikunterricht wahrgenommen. Auch zeigen sich immer wieder Lehrerinnen und Lehrer über das Engagement von Jugendlichen erstaunt, die in konventionellen Unterrichtsformen eher zurückhaltend sind.

### **Literatur und weiterführende Informationen:**

Burgdörfer, Frank/Ness, Heide/Rappenglück, Stefan u.a.: Planspiel – Parlamentarische Demokratie spielerisch erfahren. Herausgegeben vom Deutschen Bundestag, Berlin 2005.

Marker, Michael: Die Schule als Staat. Demokratiekompentenz durch lernendes Handeln. Schwalbach 2009.

Rappenglück, Stefan: Europabezogenes Lernen. In: Sander, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch politische Bildung. Vierte, völlig überarbeitete Auflage. Schwalbach 2014, S. 392–400. (Zugleich Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe, Band 1420)

Rappenglück, Stefan: Planspiel Demonstrationen rechtsextremer Gruppierungen. Herausgegeben vom Landesjugendamt Rheinland-Pfalz. Mainz 2013.

Rappenglück, Stefan: Den Bayerischen Landtag spielerisch vermitteln. In: Forum Politikunterricht. 1/2008, 2008, S. 8–12.

Rappenglück, Stefan: Parliament Simulations. In: Georgi, Viola (Hrsg.): The Making of Citizens in Europe. New Perspectives on Citizenship Education. Bonn 2008, S. 142–148.

Rappenglück, Stefan: Europäische Komplexität verstehen lernen. Chancen und Grenzen europabezogener Simulationen zur kognitiven und habituellen Kompetenzförderung junger Erwachsener. Schwalbach 2004.

Böhme, Marianne/Gebhard, Andrea/Regnet, Thomas S.: Werkzeugkoffer Planspiele und Kommunalcafé – Bausteine für Kommunalpolitik im Unterricht, Onlinepublikation der Bundeszentrale für politische Bildung, 2011. Abrufbar unter:

[http://www.bpb.de/methodik/AUBT8I,0,Werkzeugkoffer\\_Planspiele\\_und\\_Kommunalcaf%E9\\_Bausteine\\_f%FCr\\_Kommunalpolitik\\_im\\_Unterricht.html](http://www.bpb.de/methodik/AUBT8I,0,Werkzeugkoffer_Planspiele_und_Kommunalcaf%E9_Bausteine_f%FCr_Kommunalpolitik_im_Unterricht.html)

Bundeszentrale für politische Bildung: Datenbank-Planspiele in der politischen Bildung, 2010. Abrufbar unter:

<http://www.bpb.de/lernen/unterrichten/planspiele>.

Rappenglück, Stefan: Politik handlungsorientiert vermitteln. Bundeszentrale für politische Bildung, 2010. Abrufbar unter:

<http://www.bpb.de/lernen/unterrichten/planspiele/70254/die-methodik>.

# Politik von oben herab? Möglichkeiten demokratischer Beteiligung in der Europäischen Union

Britta Breser

Die Auswirkungen der EU-Politik, die in Brüssel, Straßburg und Luxemburg in Zusammenarbeit mit den nationalen Regierungen gemacht wird, reichen weiter in den Alltag jedes Einzelnen hinein als je zuvor.

Was die demokratische Mitbestimmung dieser Politik betrifft, ist die Annahme weit verbreitet, dass nicht die einfachen Bürger/-innen, sondern mächtige Organisationen und Lobbying-Gruppen Einfluss auf die EU-Politik haben: „Viele europäische Bürger haben den Eindruck, dass sie die als anonym und weit entfernt empfundenen EU-Beschlussfassungsverfahren kaum beeinflussen können.“<sup>1</sup> Um die Union demokratischer zu machen, wurden in den letzten Jahren jedoch eine Reihe von Maßnahmen getroffen – zum Teil in einem Ausmaß wie sie auf nationalstaatlicher Ebene nicht zu finden sind.<sup>2</sup>



## Demokratiedefizite auf EU-Ebene

Die Literatur unterscheidet zwischen zwei Ebenen demokratischer Defizite in der EU, die untereinander in Wechselwirkung stehen:<sup>3</sup>

Das institutionelle Demokratiedefizit fokussiert die formelle, systemische Ebene und bezeichnet die rechtlichen und institutionellen Ausgestaltungen, nach denen die Demokratie funktioniert. Im Mittelpunkt der Kritik stehen das Zusammenspiel der unterschiedlichen EU-Organe im komplexen Gesetzgebungsprozess auf europäischer Ebene und fehlende Mitbestimmungsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger.

Das strukturelle Defizit/Öffentlichkeitsdefizit fokussiert die Inhaltsebene und kritisiert die Art und Weise, wie die politischen Akteurinnen und Akteure die jeweiligen demokratischen Regeln mit Leben erfüllen. Kritikpunkte sind diesbezüglich das Fehlen eines einheitlichen „europäischen Staatsvolks“ sowie „europäischer Medien“, die einen transnationalen Diskurs als Voraussetzung für demokratische Partizipationsprozesse ermöglichen würden.

<sup>1</sup> Giffey 2009, S. 12.

<sup>2</sup> Vgl. Hüller 2011, S. 11.

<sup>3</sup> Vgl. Schmidt 2010, S. 399–411.

Diese angeprangerten Demokratiedefizite waren Ausgangspunkte für eine Veränderung der europäischen Rechtssetzung.<sup>4</sup> Bereits seit den 1990er Jahren, spätestens aber seit den negativen EU-Verfassungsreferenden in Frankreich und den Niederlanden im Jahr 2005 versuchen die Institutionen der EU in unterschiedlichem Ausmaß auch die unorganisierten Individualbürgerinnen und -bürger in politische Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Vor allem mit dem Lissabon-Vertrag von 2009 haben die Mitgliedstaaten auf diese Kritik reagiert und Mitsprachemöglichkeiten auf der Ebene europäischer Governance ausgeweitet.

## Europäische Governance - was ist das?

Das traditionelle demokratische Modell des Nationalstaats ist nicht geeignet, um es vollständig auf das EU-System zu übertragen, denn Regieren auf EU-Ebene besteht aus einer großen Anzahl von Entscheidungszentren. Sie sind in komplizierten Netzwerken miteinander verbunden.<sup>5</sup>

Dieses „mehrdimensionale Entscheidungssystem“<sup>6</sup> hat Auswirkungen auf die demokratische Architektur der EU: Politische Entscheidungen werden auf verschiedenen Ebenen und unter Einbindung einer Vielzahl von Akteurinnen und Akteuren ausverhandelt.<sup>7</sup> Einerseits bestimmen die Bürger/-innen EU-Politik direkt auf EU-Ebene mit, beispielsweise durch Wahlen zum Europaparlament. Andererseits werden sie durch Repräsentantinnen und Repräsentanten, die auf nationaler Ebene gewählt werden, vertreten. Hier sind zum Beispiel Regierungsmitglieder zu nennen, die im Rat der Europäischen Union ihre Sitze haben. Seit dem Lissabon-Vertrag werden darüber hinaus auch nationale Parlamentarier/-innen in den EU-Gesetzgebungsprozess eingebunden. Demokratische Beteiligung an EU-Politik findet somit auch durch Wahlen der nationalen Parlamente statt.<sup>8</sup>



<sup>4</sup> Vgl. Eberhard/Lachmayer 2009, S. 2.

<sup>5</sup> Vgl. Benz/Papadopoulos 2006, S. 2–3.

<sup>6</sup> Haller, 2008, S. 473

<sup>7</sup> Vgl. Kohler-Koch/Quittkat 2011, S. 19.

<sup>8</sup> Vgl. Abromeit 2002, S. 31.

## **Beteiligungsinstrumente auf EU-Ebene**

### **Europäisches Parlament:**

Das Europäische Parlament ist die einzige direkt gewählte EU-Institution. Seit dem Lissabon-Vertrag stimmt es bei fast allen Gesetzen mit und hat somit eine wichtige Rolle als Sprachrohr für über 500 Millionen Europäerinnen und Europäer gegenüber dem Rat und der Europäischen Kommission erhalten. Seine Beschlüsse zeigen Auswirkungen bis in die österreichischen Haushalte (Verbot von Tierversuchen bei Kosmetika, Einschränkung gefährlicher Stoffe in elektronischen Geräten, energiesparende Glühbirnen, Senkung der Roaming-Gebühren<sup>9</sup> etc.). Darüber hinaus hat sich auch sein Einfluss auf die EU-Finzen und auf die Auswahl des EU-Führungspersonals erweitert.

Mit der Wahl des Europaparlaments im Mai 2014 sind 751 Abgeordnete aus 28 Ländern, darunter 18 aus Österreich, im Parlament vertreten.<sup>10</sup> Nur in Österreich dürfen bereits Jugendliche, die am Wahltag ihr 16. Lebensjahr vollendet haben, an den Europawahlen teilnehmen.<sup>11</sup> Trotz des zunehmenden Gewichts des Europäischen Parlaments sind die Europawahlen in Österreich sogenannte „Second Order Elections“, was sich an niedrigen Wahlbeteiligungen und Erfolgen von Protestlisten zeigt.<sup>12</sup>



### **Europäische Bürgerinitiative:**

Seit April 2012 kann die europäische Bevölkerung im Rahmen eines EU-Volksbegehrens, der sogenannten „Europäischen Bürgerinitiative“, für ein Anliegen Unterstützungsbekundungen sammeln, um so Anstoß für ein neues EU-Gesetz (Verordnung oder Richtlinie) zu geben. Voraussetzung dafür ist, dass insgesamt eine

9 Vgl. Österreichische Gesellschaft für Europapolitik 2013, S. 5.

10 Vgl. Europäisches Parlament: Europawahlen 2014. Abrufbar unter: [www.europarl.at/de/europa.html](http://www.europarl.at/de/europa.html).

11 Vgl. Österreichisches Parlament: Europäische Union. Abrufbar unter: [www.parlament.gv.at/PERK/FAQ/EU](http://www.parlament.gv.at/PERK/FAQ/EU).

12 Vgl. Institut für Strategieanalysen/SORA: Wahlanalyse Europawahl 2009. Abrufbar unter: [www.donau-uni.ac.at/imperia/md/content/departement/pk/isa\\_sora\\_euw09.pdf](http://www.donau-uni.ac.at/imperia/md/content/departement/pk/isa_sora_euw09.pdf), S. 1.

Million Unterschriften aus mindestens einem Viertel der EU-Mitgliedstaaten vorgelegt werden.<sup>13</sup>

Sie gibt den europäischen Bürgerinnen und Bürgern das erste Mal die Möglichkeit, sich durch Gesetzesvorschläge direkt am Gesetzgebungsprozess der Europäischen Kommission zu beteiligen.<sup>14</sup> Österreich ist das einzige Land, in dem bereits Jugendliche ab 16 Jahren eine Europäische Bürgerinitiative unterstützen und initiieren können. In einer Umfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik wollen 90 Prozent der befragten österreichischen Jugendlichen im Alter zwischen 16 und 20 Jahren eine Bürgerinitiative unterstützen, wenn ihnen das behandelte Thema wichtig ist. Schlagen die Jugendlichen selbst ein Thema für eine solche Bürgerinitiative vor, würden Schul- und Bildungsthemen im Vordergrund stehen. Auch Migration und Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit werden häufig genannt.<sup>15</sup>

### **Online-Konsultationen der Europäischen Kommission:**

Um die Beteiligung vieler Bürgerinnen und Bürger auch zwischen den Wahlen zu ermöglichen<sup>16</sup>, wurde bereits 2001 von der Europäischen Kommission ein internetbasiertes Anhörungsverfahren zu Gesetzesvorschlägen verankert. Damit soll gewährleistet werden, dass Betroffene bereits während des Gesetzesentstehungsprozesses einbezogen werden. Auch wenn sich in der Praxis die meisten Befragungen an Interessengruppen oder zivilgesellschaftliche Organisationen richten, ist es auch Einzelpersonen möglich, Beiträge zu liefern.<sup>17</sup>



13 Vgl. Europäische Bürgerinitiative. Abrufbar unter: <http://ec.europa.eu/citizens-initiative>.

14 Vgl. Haller 2008, S. 418.

15 Vgl. Breser 2012, S. 2–4.

16 Vgl. Meyer 2009, S. 133.

17 Vgl. EU-Info.Deutschland: Online-Konsultationen in der EU. Abrufbar unter: [www.eu-info.de/europa-punkt/gesetzgebungsverfahren/online-konsultationen](http://www.eu-info.de/europa-punkt/gesetzgebungsverfahren/online-konsultationen).

### Petitionen an das Europäische Parlament:

Mithilfe eines Internet-Formulars oder per Post können europäische Bürgerinnen und Bürger individuelle Ersuchen, Beschwerden oder Bemerkungen zur Anwendung von EU-Recht sowie Aufforderungen an das Europäische Parlament, zu einer bestimmten Angelegenheit Stellung zu nehmen, einreichen. Voraussetzung ist, dass das Thema in einen Tätigkeitsbereich der Europäischen Union fällt.<sup>18</sup>

### Europäische Bürgerbeauftragte:

Beschwerden über das Vorgehen einer Einrichtung der Europäischen Union können an die Europäische Ombudsfrau Emily O'Reilly gesendet werden. Auch wenn demokratische Instrumente auf EU-Ebene nicht funktionieren, ist sie eine geeignete Ansprechperson.<sup>19</sup>

### **Transnationale Demokratiebildung für Jugendliche:**

Damit Politik nicht bloß „von oben herab“ passiert, sind nicht nur eine rechtliche und institutionelle demokratische Architektur sowie konkrete Handlungsspielräume in der Praxis, sondern letztlich auch die demokratische Teilhabe der Bevölkerung nötig.

<sup>18</sup> Vgl. Europäisches Parlament: Petitionen. Abrufbar unter: [www.europarl.europa.eu/aboutparliament/de/00533cec74/Petitions.html](http://www.europarl.europa.eu/aboutparliament/de/00533cec74/Petitions.html).

<sup>19</sup> Vgl. Europäische Bürgerbeauftragte: Aktivitäten. Abrufbar unter: [www.ombudsman.europa.eu](http://www.ombudsman.europa.eu).

Mit Ausnahme von Österreich haben in keinem anderen Land Europas junge Menschen ab 16 Jahren die Möglichkeit, sich an transnationalen Demokratieprozessen wie den Europawahlen und der Europäischen Bürgerinitiative zu beteiligen. Den österreichischen Schulen kommt hier eine bedeutende Rolle zu: Für die Jugendlichen sind zum einen Informationen zur EU und zu Beteiligungsinstrumenten auf EU-Ebene sowie Gelegenheiten zu einem transnationalen Austausch notwendig. Zum anderen müssen Möglichkeiten geschaffen werden, um demokratische Verfahren und das Treffen eigener Entscheidungen zu erlernen.



### Literatur und weiterführende Informationen:

Abromeit, Heidrun: Wozu braucht man Demokratie? Die postnationale Herausforderung der Demokratietheorie, Leske + Budrich, Opladen 2002.

Benz, Arthur/Papadopoulos, Yannis: Governance and democracy: concepts and key issues. In: Benz, Arthur/Papadopoulos, Yannis (Hg.): Governance and democracy, Routledge, New York/London 2006.

Breser, Britta: Was denken österreichische SchülerInnen und Lehrlinge über die Europäische Bürgerinitiative und (direkte) politische Partizipation? Auswertung und Analyse einer österreichweiten Befragung, Österreichische Gesellschaft für Europapolitik, Wien 2012.

Eberhard, Harald/Lachmayer, Konrad: Zur Realisierbarkeit europäischer Visionen. In: Feld, Lars P.: Jahrbuch für Direkte Demokratie, Nomos-Verlag, Baden-Baden 2009.

Europäische Bürgerinitiative. Abrufbar unter: <http://ec.europa.eu/citizens-initiative>.

Europäisches Parlament: Europawahlen 2014. Abrufbar unter: [www.europarl.at/de/europa.html](http://www.europarl.at/de/europa.html).

Giffey, Franziska: Europas Weg zum Bürger. Die Politik der Europäischen Kommission zur Beteiligung der Zivilgesellschaft, Freie Universität Berlin 2009.

Haller, Max: Europäische Integration als Eliteprozess. Das Ende eines Traums? VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2008.

Hüller, Thorsten: Demokratie und Sozialregulierung in Europa. Die Online-Konsultationen der EU-Kommission, Campus Verlag, Frankfurt am Main 2011.

Institut für Strategieanalysen/SORA: Wahlanalyse Europawahl 2009. Abrufbar unter:

[www.donau-uni.ac.at/imperia/md/content/departement/pk/isa\\_sora\\_euw09.pdf](http://www.donau-uni.ac.at/imperia/md/content/departement/pk/isa_sora_euw09.pdf).

Kohler-Koch, Beate/Quittkat, Christine: Die Entzauberung partizipativer Demokratie. Die Rolle der Zivilgesellschaft bei der Demokratisierung von EU-Governance, Campus Verlag, Frankfurt am Main 2011.

Meyer, Thomas: Was ist Demokratie? Eine diskursive Einführung, Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2009.

Österreichische Gesellschaft für Europapolitik: Europa was ist jetzt? Demokratie, Herausforderungen, Mitbestimmung. Begleitfolder zur Wanderausstellung, Wien 2013.

Österreichisches Parlament: Europäische Union. Abrufbar unter: [www.parlament.gv.at/PERK/FAQ/EU](http://www.parlament.gv.at/PERK/FAQ/EU).

Schmidt, Manfred G.: Hat die Europäische Union ein Demokratiedefizit? In: Schmidt: Demokratietheorien. Eine Einführung, VS-Verlag, Wiesbaden 2010, S. 399–411.

# Jugendthemen: Ein Auftrag für die Kommunen?

Interview mit Jörg Moser und Günter Pirker

Mitmischen im Landhaus hat sich zur Aufgabe gemacht, Jugendliche für Politik zu interessieren und auf politische Vorgänge und Prozesse aufmerksam zu machen. Vor allem sollen junge Leute ermutigt werden, sich einzubringen und am politischen Geschehen zu partizipieren. Was sonst für und mit Jugendlichen in der Steiermark und in den Gemeinden passiert, haben wir **Jörg Moser** und **Günter Pirker**, die Geschäftsführer der Gemeindevertreter-Verbände GVV und KPV, gefragt.<sup>1</sup>

## **Welche Aufgaben gegenüber Jugendlichen sehen Sie in der Gemeindeverantwortung?**

**Günter Pirker:** Konkrete gesetzliche Regelungen in diesem Bereich gibt es wenige. Laut Steiermärkischen Jugendgesetz sollen Gemeinden aber selbstverständlich zur Jugendförderung beitragen. Schließlich ist die Gemeinde der Ort, wo Kinder und Jugendliche unmittelbar zu Hause sind und sich zu Erwachsenen entwickeln. Gemeinden werden durch das Jugendgesetz etwa dazu angehalten, genügend Raum für junge Menschen zur Verfügung zu stellen, wie z.B. Jugendzentren oder Spiel- und Sportflächen. Darüber hinaus sollen Gemeinden Mitbestimmungs- und Mitsprachemöglichkeiten für junge Menschen schaffen und regelmäßig deren Bedürfnisse erheben.

Gemeinsam mit *beteiligung.st* haben viele Gemeinden in den letzten Jahren tolle Projekte entwickelt um Jugendliche verstärkt einzubeziehen – etwa die Open Space-Veranstaltungen in Leoben und Knittelfeld. In einigen Städten und Gemeinden – etwa in Weiz und Kapfenberg – gibt es zudem Kinder- und Jugendgemeinderäte, die auch als beratende Gremien für die Gemeinderäte fungieren.

**Jörg Moser:** Natürlich gibt es spezielle Jugendthemen, um die sich die Gemeinde kümmern „kann“ – das liegt in ihrer Entscheidungskompetenz. Da fallen einem als erstes die Schlagworte „sinnvolle Freizeitgestaltung“, „Mobilität“, „ein attraktives Sportangebot“ etc. ein. Doch meiner Meinung nach, denken Jugendliche, die sich in ihrem Ort engagieren wollen, viel erwachsener als man es ihnen zutraut. Sie wissen ganz genau, dass öffentliches Geld nicht in Hülle und Fülle zur Verfügung steht. Leider ist das aber im Regelfall nur eine kleine Gruppe, die kommunales Engagement in sich trägt. Daher brauchen wir noch breiter ausgebaute, ernst genommene Partizipationsmöglichkeiten, insbesondere solche, bei denen Jugendliche selbst etwas umsetzen können. Lippenbekenntnisse sind da zu wenig!

**Wir erleben oft, dass Jugendliche eher ablehnend gegenüber Parteipolitik eingestellt sind. Inwieweit sind speziell bei Jugendthemen überparteiliche Entscheidungen wichtig?**

**Jörg Moser:** Diese Einschätzung teile ich, wenn es um plumpe parteipolitische Vereinnahmung geht. Da haben alle engagierten Menschen eine feine Sensorik – ob jung oder alt. Geht es aber darum, junge Menschen auf der inhaltlichen Ebene erreichen zu wollen und Ideen umzusetzen, habe ich noch keine parteipolitischen Berührungsängste erlebt. Abgesehen davon sind politische Parteien die Basis unserer Demokratie. Ohne Parteien keine Wahlen – ohne Wahlen keine Demokratie.

**Günter Pirker:** Entscheidend ist, dass Jugendliche nicht das Gefühl haben, dass Projekte, die ihnen wichtig sind – beispielsweise die Errichtung eines Jugendzentrums – nicht realisiert werden, weil „die Politikerinnen und Politiker nur streiten“. Aber es ist sicher kein Fehler, wenn sie mitbekommen, dass sich eine bestimmte Partei besonders für ihr Anliegen einsetzt.

Wichtig ist aber vor allem auch, dass in von Gemeinden initiierten Jugend-Beteiligungsprojekten Parteipolitik keinen Platz haben darf. Nur wenn man den Jugendlichen, aber auch den Eltern, glaubhaft machen kann, dass die Sache selbst und nicht parteipolitisches Kleingeldwechsell im Vordergrund solcher Initiativen steht, werden sich Jugendliche engagieren.

**Wenn Sie an die Lebensqualität der Jugendlichen im kommunalen Raum denken: Welche politischen Entscheidungen waren aus Ihrer Sicht besonders wichtig, um diese zu verbessern? Was ist gut gelungen?**

**Günter Pirker:** Eine wesentliche Verbesserung stellt mit Sicherheit die Einführung des TOP-Jugendtickets dar, mit dem Schüler/-innen und Lehrlinge bis zum 24. Lebensjahr um 96 Euro ein ganzes Jahr lang die öffentlichen Verkehrsmittel in der gesamten Steiermark nutzen können. Gerade für Jugendliche ist es wichtig, möglichst kostengünstig mobil zu sein, um die Ausbildungsstätte zu erreichen, aber auch für die Freizeitgestaltung.

Wichtig war auch, dass das Land Steiermark regionale Jugendmanager/-innen eingeführt hat, um die Jugendarbeit regional zu vernetzen.

Außerdem gibt es in zahlreichen Gemeinden Projekte, an denen sich Jugendliche beteiligen können und so positive Veränderungen für Jugendliche in ihrer Heimatgemeinde herbeiführen können: In Judenburg wurde etwa von Jugendlichen eine BMX-Bahn entworfen und die Umsetzung mit den Verantwortlichen besprochen. Ein anderes Beispiel ist Trofaiach: Hier wurden im Vorfeld der Gemeindefusion die Vorstellungen von Kindern und

<sup>1</sup> Jörg Moser ist Geschäftsführer der Kommunalpolitischen Vereinigung der Steirischen Volkspartei und Günter Pirker ist Geschäftsführer des Verbands sozialdemokratischer GemeindevertreterInnen Steiermark.

Jugendlichen in das Entwicklungsleitbild zur neuen Stadt miteinbezogen. All das sind positive Beispiele, die den Jugendlichen zeigen, dass sie etwas bewegen können, wenn sie sich engagieren.

**Jörg Moser:** Seit 2010 hat es einen Paradigmenwechsel in der steirischen Landespolitik gegeben. Strukturelle Reformen wurden angegangen – mit einem klaren Ziel, das die Landesregierung immer wieder postuliert: „Wir wollen den jungen Menschen ein Stück Zukunft eröffnen, statt ihnen Hypotheken aus der Vergangenheit zu hinterlassen!“ Das ist für mich die Basis für glaubhafte Jugendpolitik – ein Schritt, der längst überfällig war. Und weil die vergangenen Jahre unter diesem Stern standen, möchte ich einzelne Initiativen explizit nicht hervorkehren.

**Was sind aus Ihrer Sicht in den nächsten Jahren die größten politischen Herausforderungen (kommunal/regional) in Bezug auf Jugendliche?**

**Jörg Moser:** Menschen aller Generationen wollen Perspektiven von der Politik eröffnet bekommen. Dazu braucht es Gestaltungswillen und genau dieser Geist ist in der laufenden Landtagsperiode zu spüren. Tiefgreifende Reformen wurden vorgenommen. Die politische Mehrheit getraut sich also etwas – das ist wichtig, bei aller in einer Demokratie genauso wichtigen sachlichen Kritik. Damit ist der Grundstein gelegt, um auch bei jungen Menschen Vertrauen in die Politik zu gewinnen.

An konkreten regionalen Herausforderungen kann man die Steiermark nicht in einen Topf werfen. Da gibt es zwei diametrale Stoßrichtungen: Zum einem den pulsierenden Großraum Graz und Graz-Umgebung und auf der anderen Seite jene Gebiete der Steiermark, die von Abwanderung betroffen sind. Als wichtigste Ansatzpunkte für beide Lebensräume sehe ich den Bedarf nach mehr Arbeitsplätzen und mehr öffentlicher Mobilität. Denn immer öfter begegnet mir die Tatsache, dass junge Menschen ihre Heimat gar nicht verlassen

würden, wenn es mehr öffentliche Verkehrsmittel gäbe. Danach kommt aber schon die prekäre Wohnsituation – der Wohnungsmarkt bietet für junge Menschen leider wenig Erschwingliches.

**Günter Pirker:** Die größte Herausforderung ist mit Sicherheit, die Abwanderung der Jugendlichen in den Großraum Graz einzudämmen. Dies wird nur funktionieren, wenn es gelingt, regional Arbeitsplätze zu schaffen und für Jugendliche wieder attraktiv zu werden. Mit dem Beschluss der Gemeindestrukturereform wurde ein wichtiger und notwendiger Schritt gesetzt, dieses Ziel zu erreichen. Ein weiterer wesentlicher Punkt ist, dass Jugendliche wieder verstärkt für Politik und demokratische Prozesse begeistert werden müssen. Das kann am ehesten in der Gemeinde, dem unmittelbaren Lebensumfeld der jungen Menschen, gelingen. Überlegenswert wäre in diesem Zusammenhang, dass Gemeinden, die eine bestimmte Einwohnergröße übersteigen, verpflichtend Jugendgemeinderäte einrichten.

**Wenn Jugendliche sich engagieren wollen: Was würden Sie raten, wie und wo sich Jugendliche am besten einbringen können?**

**Günter Pirker:** Es gibt eine Reihe von Möglichkeiten, sich als junger Mensch zu engagieren: egal, ob in der Schule als Klassensprecherin oder Klassensprecher, in einem Verein oder auch bei einer Jugendorganisation in einer politischen Partei. Da muss jede bzw. jeder selbst herausfinden, was für ihn und sie am spannendsten ist. Wenn man in einer Gemeinde wohnt, die Jugendbeteiligungsprojekte anbietet, sollte man das aber auf jeden Fall einmal ausprobieren.

**Jörg Moser:** Ich teile das Politikverständnis des deutschen Politikwissenschaftlers Werner J. Patzelt. Er definiert Politik als jenes menschliche Handeln, das auf die Herstellung allgemeiner Verbindlichkeit, vor allem von allgemein verbindlichen Regelungen und Entscheidungen in und zwischen Gruppen von Menschen abzielt. Was will ich sagen? Alles ist Politik – jedes Verhandeln, jedes Entscheiden, jedes Umsetzen von Interessen. Politik geschieht also in der Familie, in der Schule, im Beruf, im Verein und natürlich auch auf der Ebene der Gebietskörperschaften über politische Parteien. Gemäß diesem Verständnis von Politik habe ich meine ersten politischen Erfahrungen in der Schule, in der Pfarre, im Musikverein und der Freiwilligen Feuerwehr gesammelt. Daraus sind dann Berührungspunkte mit der Politik im herkömmlichen Sinn entstanden – diesen Weg kann ich engagierten Jugendlichen sehr empfehlen. Das ist eine tolle Basis.



## Autorinnen und Autoren

**Melani Barlai**, Mag.<sup>a</sup>, MA, studierte Politikwissenschaft, Soziologie und Psychologie sowie European Studies an der TU Chemnitz. Zurzeit ist sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Rahmen von netPOL – Interuniversitäres Netzwerk politische Kommunikation an der Andrassy Gyula Universität in Budapest tätig.

**Britta Breser**, Mag.<sup>a</sup>, ist Dissertantin bei netPOL – Interuniversitäres Netzwerk politische Kommunikation, lehrt und forscht zur Politischen Bildung, Europäischen Union, Demokratieentwicklung und Kommunikation.

**Eva Dreher**, Univ.-Prof.<sup>in</sup>, Dr.<sup>in</sup> phil. Dipl. Psych. (D); Univ.-Prof.<sup>in</sup> an der SFU (Sigmund Freud Privat Universität) Wien, Linz und Berlin; Mitglied der Sachverständigenkommission für den 6. Bericht zur Lage der Jugend in Österreich. Forschungsschwerpunkte: Entwicklungspsychologie des Kindes-, Jugend- und frühen Erwachsenenalters, Entwicklungsaufgaben und Bewältigungskonzepte der Lebensspanne, Interdisziplinäre Konzepte zur Intervention, Beratung und Evaluation.

**Thomas Hellmuth**, Mag. Dr., Assoziierter Professor für Didaktik der Geschichte und politischen Bildung an der Paris Lodron Universität Salzburg, Vorsitzender der Interessensgemeinschaft Politische Bildung (IGPB), Initiator des Masterstudiums „Politische Bildung“ an der Johannes Kepler Universität Linz, war viele Jahre als Lehrer an einer AHS tätig.

**Maria Lettner**, Mag.<sup>a</sup>, arbeitet als Referentin für Jugendpolitik im Büro der Bundesjugendvertretung. Die Bundesjugendvertretung ist die gesetzliche Interessenvertretung von jungen Menschen in Österreich. 52 österreichische Kinder- und Jugendorganisationen, die unterschiedlichste Ziele und weltanschauliche Hintergründe haben, sind in ihr vertreten.

**Georg Marschnig**, Mag. Dr. phil, ist promovierter Historiker und unterrichtet Deutsch sowie Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung am BG/BRG Kirchengasse Graz. Er arbeitet außerdem als Fachdidaktiker in Aus- und Fortbildung im Fach Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung an der Universität Graz und der Pädagogischen Hochschule Steiermark.

**Jörg Moser**, BA, Berufsbegleitendes Studium „Public Management“, Fachhochschule Kärnten. Seit 2000 im Alter von 20 Jahren in St. Oswald bei Plankenwarth kommunalpolitisch aktiv, 2001 Gründung einer JVP-Ortsgruppe, seit 12 Jahren Gemeinderat, seit 2007 ÖVP-Bezirksgeschäftsführer, seit 2014 Geschäftsführer der Kommunalpolitischen Vereinigung der Steirischen Volkspartei (KPV). Arbeitsschwerpunkte: Kommunalpolitik, Ausbildung von Gemeindefunktionären.

**Günter Pirker**, Landesgeschäftsführer des GemeindevertreterInnenverbands Steiermark. Der GemeindevertreterInnenverband ist eine Serviceorganisation für 2500 sozialdemokratische KommunalpolitikerInnen mit Schwerpunkt Aus- und Weiterbildung von KommunalpolitikerInnen. Darüber hinaus werden Schwerpunktprojekte – wie beispielsweise BürgerInnenbeteiligung und Beratung bei der Gemeindestrukturreform – betreut.

**Stefan Rappenglück**, Prof. Dr., Politikwissenschaftler, vertritt die Professur für Politikwissenschaft/Europäische Studien an der Hochschule München für angewandte Wissenschaften. Arbeitsgebiete: Europäische Union, Politische Bildung, Planspielmethode. Mitglied im Vorstand der SAGSAGA und in der Jury des Deutschen Planspielpreises. Er hat diverse Planspiele, u.a. für den Bayerischen Landtag, entwickelt und führt im Auftrag der Bundeszentrale für politische Bildung Weiterbildungen im Bereich der Planspielmethodik durch.

**Impressum**

© beteiligung.st 2016, 4. Auflage

Gesamterstellung:

beteiligung.st, die Fachstelle für Kinder-, Jugend- und BürgerInnenbeteiligung  
Karmeliterplatz 2, 8010 Graz

Mag.<sup>a</sup> Daniela Köck (Geschäftsführung)

office@beteiligung.st

Für den Inhalt der Beiträge sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich.

Bildnachweis: © beteiligung.st (S. 2 und S. 7-25), Portraits: Landtag Steiermark (S. 4), Land Steiermark (S. 5)

In Zusammenarbeit mit: Land Steiermark Ressort Bildung und Gesellschaft und Landtag Steiermark

Druck: Amt der Steiermärkischen Landesregierung



Verein beteiligung.st,  
die Fachstelle für Kinder-, Jugend- und  
BürgerInnenbeteiligung  
Karmeliterplatz 2, 8010 Graz  
Tel.: 0316 / 90 370 110  
[www.beteiligung.st](http://www.beteiligung.st)